

Öffentliche Niederschrift

Sitzung des Stadtrates

Sitzungstermin:	Donnerstag, 22.09.2022
Sitzungsbeginn:	17:30 Uhr
Sitzungsende:	20:52 Uhr
Ort, Raum:	Stadthalle Merzig, Großer Saal, Zur Stadthalle 4, 66663 Merzig

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- Eröffnung der Sitzung
- 1 Einwohnerfragestunde
 - 2 Verhängung eines Ordnungsgeldes wegen wiederholter, unentschuldigter Nichtteilnahme an Sitzungen 2022/1588
 - 3 Stadtteilbudget zur Stärkung der Stadtteile
Entscheidung über die zum Stichtag 31.03.2022 gemeldeten Projekte 2022/1604
 - 4 Energieeinsparmaßnahmen
 - 4.1 Information zu städtischen Maßnahmen 2022/1631
 - 4.2 Anpassung der Vertragsbedingungen für die Nutzung der Stadthalle Merzig 2022/1603

4.3	Anpassung der Vertragsbedingungen für die Benutzung der Saargauhalle, der Vereins- und Bürgerhäuser, des Dorfgemeinschaftshauses, des Pfarrzentrums Hilbringen und der Seffersbachhalle	2022/1612
4.4	Anpassung der Entgeltordnung zur Nutzung von Schulturnhallen der Kreisstadt Merzig	2022/1592
4.5	Anpassung der Sportförderrichtlinien der Kreisstadt Merzig	2022/1611
4.6	Anpassung der ergänzenden Richtlinien der Kreisstadt Merzig zur finanziellen Förderung der kulturellen und sonstigen Vereine	2022/1613
4.7	Antrag CDU-Fraktion vom 21.09.2022 "Resolution Schutzschirm für Vereine und mittelständische Unternehmen"	
4.8	Antrag Bündnis 90/Die Grünen vom 19.07.2022 „Energieeinsparung, Ampelschaltung“	2022/1599
5	Aufstellung des Bebauungsplans „Vordere Rieffstraße“ einschließlich Änderung des Bebauungsplanes "Bahngelände Rieffstraße - Plan 1" im Stadtteil Merzig; Einleitung des Verfahrens	2022/1342
6	Veränderungssperre „Vordere Rieffstraße - Teilbereich 1“ im Stadtteil Merzig; Einleitung des Verfahrens	2022/1343
7	Veränderungssperre „Vordere Rieffstraße Teilbereich 2“ im Stadtteil Merzig; Einleitung des Verfahrens	2022/1344
8	Bebauungsplan „Rotensteiner Weg“ in der Kreisstadt Merzig; Billigung und Beschlussfassung über die erneute Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden (§ 4a Abs. 3 BauGB)	2022/1544

9	1. Teiländerung des Bebauungsplans „Unten in Irzentälchen in Grewelt“ in der Kreisstadt Merzig, Stadtteil Brotdorf	2022/1578
10	Verkehrssicherheit	
10.1	Sichere Schulwege; Antrag SPD-Fraktion	2022/1628
10.2	Verkehrsberuhigende Maßnahmen auf dem Gipsberg; Antrag B90/Die Grünen	2022/1629
11	"Unsere Streuobstwiesen - eine ganz besondere Kulturlandschaft"; Schreiben der Fraktion "B'90/Die Grünen	2021/905-001
11.1	"Unsere Streuobstwiesen - eine ganz besondere Kulturlandschaft"; Schreiben der Fraktion "Bündnis 90/Die Grünen	2021/905
12	Antrag Bündnis 90/Die Grünen vom 05.07.2022 „Hausbäume für Merzig“	2022/1572
13	Einschlagstopp in älteren Buchenmischwäldern in Beständen mit einem mittleren Bestandsalter von 90 Jahren; Antrag B90/Die Grünen	2022/1593
14	Mitteilungen, Anfragen und Anregungen	

Protokoll

Öffentlicher Teil

Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde. Das Gremium ist beschlussfähig versammelt.

Die CDU-Fraktion beantragt, ihren Antrag vom 21.09.22 „Resolution Schutzschirm für Vereine und mittelständische Unternehmen“ in die Tagesordnung aufzunehmen. Dies wird einstimmig befürwortet.

1 Einwohnerfragestunde

Ein als Zuschauer anwesender Bürger regt das Anbringen einer Plakette oder Tafel zu Ehren der Bundeswehr in der Öffentlichkeit an, da Merzig seit 1968 Garnisonsstadt sei. Diese solle die Wertschätzung der Stadt sowie der Bevölkerung gegenüber den Soldatinnen und Soldaten verdeutlichen, die seit langer Zeit das Gesicht der Stadt prägten und weltweit viel leisteten.

Ein anderer Anwesender äußert Unmut über die späte Veröffentlichung der Sitzung des Ortsrates Merzig in Neues aus Merzig. Er bitte darum, in Zukunft dafür zu sorgen, dass die Sitzungen rechtzeitig im Amtsblatt bekanntgemacht werden. Dieses erhalte er meistens erst am Nachmittag, somit habe er erst am Abend von der stattfindenden Sitzung gelesen, da sei es schon zu spät gewesen. Er habe einige Dinge mit dem Ortsvorsteher besprechen wollen, dies sei dadurch nicht mehr möglich gewesen.

Fachbereichsleiter Klein bestätigt, es sei richtig, dass die Sitzung erst diese Woche angekündigt worden sei. Man unterstütze jedoch nur die Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher bei der Einladung und auch bei der Bekanntmachung. Letztere könne man erst veranlassen, wenn der Stadtverwaltung die notwendigen Informationen vorlägen. Daher sei eine Veröffentlichung im Amtsblatt nicht früher möglich gewesen.

2 **Verhängung eines Ordnungsgeldes wegen wiederholter, unentschuldigter Nichtteilnahme an Sitzungen** **2022/1588** ungeändert beschlossen

Der Vorsitzende informiert auf Anfrage aus dem Hauptausschuss darüber, wie viel Geld an beide Ratsmitglieder der AfD-Fraktion ausgezahlt worden ist. Abzüglich der verhängten Ordnungsgelder habe man im Zeitraum Juli 2019 bis August 2022 an Herrn Gruhn 6.580 € ausgezahlt, darin inbegriffen sei die Pauschale als Fraktionsvorsitzender. Herr Leistenschneider

habe 2.475 € erhalten.

Beschluss:

Gegen die Stadtratsmitglieder Gruhn und Leistenschneider wird ein Ordnungsgeld in Höhe von jeweils 225 € wegen wiederholter, unentschuldigter Nichtteilnahme an Sitzungen verhängt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
30	0	0

Stadtteilbudget zur Stärkung der Stadtteile

2022/1604

3 Entscheidung über die zum Stichtag 31.03.2022 gemeldeten Projekte ungeändert beschlossen

Fraktionsvorsitzender Auweiler (CDU) bedankt sich zunächst für die Wertschätzung und die Idee des ersten Redners zu TOP 1, der eine Ehrentafel für die Bundeswehrsoldatinnen und -soldaten angeregt hat. Er selbst sei als ehemals aktiver Soldat im Ausland mit der Thematik vertraut, darum begrüße er persönlich eine positive Prüfung des Vorschlages. Zum Tagesordnungspunkt äußert er, die CDU-Stadtratsfraktion freue es besonders, dass der Antrag, den man vor einigen Jahren eingereicht habe, die Dörfer zu stärken, so gut angenommen worden sei. In der Anfangszeit hätten wegen der Corona-Pandemie noch nicht so viele Anträge vorgelegen, wie es jetzt der Fall sei. Jetzt habe man sehr viele gute Anträge von den Ortsräten gesehen, die man unterstütze. Dies sei natürlich nur ein kleiner Beitrag, trotzdem habe man mit 50.000 € im Jahr eine gute Möglichkeit, aktiv vor Ort zu unterstützen. In Ermangelung eines Beschlussvorschlages beantrage die Fraktion daher, die Maßnahmen unter 10.000 € in ihrer Gesamtheit aus dem Budget zu finanzieren. Man habe im Hauptausschuss auch über den Vorschlag der Pflanzung von Bäumen in Hilbringen diskutiert. Hier habe der Ortsrat aus dem Budget einen Betrag von 6.000 € beantragt. Die CDU-Stadtratsfraktion wolle zwar, dass diese Bäume auch dort gepflanzt würden, so wie sich der Ortsrat das vorgestellt habe. Allerdings schlage er vor, wie bereits im Hauptausschuss thematisiert, das Geld aus dem Fördertopf für die Neupflanzung von Bäumen zu nehmen. Zusammengerechnet komme man dann auf 30.340 €. Die restlichen 19.660 € wolle man in die Ortsteile investieren. Die CDU-Fraktion schlage daher vor, 5.000 € für die Projekte im Ortsteil Fitten vorzusehen mit dem Hinweis, dass die gemeldeten Maßnahmen, die bisher nicht zum Zuge kämen, in den Haushalt 2023 aufgenommen werden und dann mit Zuschüssen umgesetzt werden sollen. Die restlichen 14.600 € solle man in das Mondorfer Projekt investieren. Ortsvorsteher Carsten Weber habe der Fraktion gesagt, dass er seit einigen Wochen in intensiven Gesprächen sei. Der Vorschlag sei also: Reduzierung von 6.000 €, für die Projekte in Fitten 5.000 €, der Rest dann im Jahr 2023.

Ratsmitglied Manfred Klein (SPD) bekräftigt, die Stärkung der Stadtteile habe auch für die SPD-Fraktion eine hohe Priorität und sei ein besonderes Anliegen. Das Sonderbudget von 50.000 € pro Jahr bis 2023 sei ein erfolgreicher Beitrag für eine positive Entwicklung der Dörfer und damit auch der Gesamtstadt. Die Ortsräte hätten sich sehr viele Gedanken über mögliche Projekte gemacht und bänden dabei auch die Bürgerinnen und Bürger mit ein. Dies fördere den Gemeinsinn, den Zusammenhalt und die Lebensqualität in den Dörfern und steigerten ihre Attraktivität. Er richtet ebenfalls einen Dank an die Stadtverwaltung, die die eingehenden Anträge der Ortsräte sehr gut bearbeitet habe, sodass es nun sehr leicht sei, zu selektieren und den Anträgen zuzustimmen. Die SPD-Fraktion stimme dem Vorschlag der CDU-Fraktion ebenso zu. Es sei interessant zu sehen, welche Vorschläge aus den Dörfern kämen. Man sehe, dass man sich dort Gedanken mache und werbe dafür, dass diese Aktion über 2023 hinaus verlängert wird.

Ratsmitglied Weiten (Bündnis 90/Grüne) verkündet, im Großen und Ganzen stimme man der Sache ebenfalls zu. Die Einsparungen in Höhe von 6.000 € bezögen sich auf die Baumpflanzungen in Hilbringen, einer Anfrage der Grünen-Fraktion. Hier habe man noch keine Antwort erhalten. Herr Weiten hoffe, dass Gelder für diesen Zweck zur Verfügung stehen, sodass die Hilbringer hier keine Einbußen hätten. Weiterhin erkundigt er sich, warum man die letzten beiden Posten überhaupt kürze. Wenn man die Summe der vier angefragten Programme hochrechne, unabhängig davon, ob alle in einem bestimmten Maße gefördert würden, sehe er alle Projekte im Gesamtumfang als beschlussfähig. Man müsse also nirgendwo etwas kürzen, weder in Brotdorf noch in Mondorf. Daher sollte es möglich sein, auch diese in vollem Umfang einzureichen.

Der Vorsitzende erwidert, die Ortsvorsteherin von Hilbringen habe mitgeteilt, dass das Geld aus dem Programm rausgenommen werden könne. Die Verwaltung habe geprüft, dass das Projekt über das andere Programm umgesetzt werden könne. Zur zweiten Anfrage habe man im letzten Jahr bereits im Hauptausschuss darüber informiert, dass es hier darum gehe, Projekte so schnell wie möglich umzusetzen. Natürlich könne man Förderanträge stellen, das mache man auch regelmäßig. Es sei jedoch nicht vorherzusagen, ob der Antrag am Ende des Tages überhaupt gefördert, geschweige denn wie viel Geld zur Verfügung gestellt werde. Rechnerisch könne man zwar alles umsetzen, man wisse jedoch nicht, wie das Ministerium dazu stehe. Unter dem TOP „Verschiedenes“ werde er noch auf ein Beispiel eingehen. Konkret habe das Ministerium eine Zusage für eine einhundertprozentige Förderung gegeben. Im Laufe der Monate sei dann doch von einem Eigenanteil gesprochen worden, für den man sogar die Gelder im Haushalt zur Verfügung stelle, darüber habe der Rat bereits abgestimmt. Vor einigen Tagen sei mitgeteilt worden, dass dieser Eigenanteil wohl doch nicht ausreiche. So sei es später mit den in Rede stehenden Projekten auch. Man könne noch nicht sagen, ob die Ansätze überhaupt gefördert werden könnten. Außerdem gehe es darum, dass man Dinge relativ schnell umsetze, darum sei das Programm auf die Beine gestellt worden.

Fraktionsvorsitzender Borger (Bündnis 90/Grüne) bekundet, den Vorschlag der CDU-Fraktion finde er unterstützenswert. Er schlage vor, den Beschluss zu fassen, dass man als Hauptziel eine Bezuschussung aller Anträge definiert, mit dem Vorbehalt der Förderung. Plan B, sollte die Förderung nicht greifen, sei dann der Vorschlag des Fraktionsvorsitzenden Auweiler (CDU).

Der Vorsitzende entgegnet, problematisch daran sei, dass die Projekte dann Monate oder auch Jahre in Anspruch nehmen könnten, da man auf Rückmeldungen der Zuschussgeber warten müsse. Sinn des Programmes sei eine schnelle Umsetzung kleiner Projekte. Ansonsten hätte man die Vorschläge auch über den normalen Haushalt laufen lassen können. Er

sage aber zu, das Projekt in Brotdorf auf eine Fördermöglichkeit zu prüfen. Alleine für diese Maßnahme seien 33.000 € veranschlagt. Das könne man unmöglich einfach so umsetzen, da dann für alle anderen Projekte nichts mehr übrig sei.

Ressortleiter Bies ergänzt, man habe sich im Vorfeld mit dem Ministerium über Fördermöglichkeiten ausgetauscht. Die Aussage sei dabei eindeutig, dass dieses Jahr keine Mittel mehr zur Verfügung stünden. Man müsse die Mittel dann im nächsten Jahr beantragen, was das Ganze um mindestens ein Dreivierteljahr oder gar um ein Jahr verzögere. Auch dann sei eine Förderung noch nicht garantiert.

Ratsmitglied Weiten (Bündnis 90/Grüne) erkundigt sich zunächst, ob der angesetzte Etat im letzten Jahr komplett aufgebraucht worden sei oder ob man, wie vereinbart, noch Gelder in das aktuelle Jahr transferieren könne. Des Weiteren regt er an, evtl. auch Stadtteile, die dieses Jahr nicht zum Zuge kommen, ins nächste Jahr zu schieben und dafür die höheren Ansätze einiger Stadtteile in diesem Jahr trotzdem komplett zu verausgaben.

Der Vorsitzende erläutert, einige Stadtteile hätten mit einer Umsetzung der Projekte noch nicht begonnen. Natürlich werde es so sein, dass Projekte, die jetzt nicht zum Zuge kommen, im nächsten Jahr noch mal gemeldet werden könnten. Das eine schließe das andere nicht aus. Wenn jedoch nur 50.000 € im Topf seien und Projekte von etwa 90.000 € gemeldet werden, dann müsse man sich entscheiden. Und wenn Projekte dabei seien, die teurer seien als 33.000 €, dann müsse klar sein, dass diese nicht zum Zuge kommen könnten, sondern nur mit Förderung funktionierten.

Ressortleiter Bies ergänzt, es seien noch nicht alle Projekte abgerechnet, teilweise auch noch nicht umgesetzt. Daher könne man jetzt noch nicht sagen, ob Mittel übrig seien. Der Beschluss sehe vor, dass übrige Mittel weitergeschoben werden in das nächste Jahr. Grundsätzlich sei anzumerken, dass das Programm unkompliziert und schnell kleine Maßnahmen ermöglichen solle. Deshalb solle man es nicht zu sehr verkomplizieren, sodass die gemeldeten Maßnahmen auch tatsächlich umgesetzt werden könnten.

Ratsmitglied Görge (CDU) betont, im Grunde genommen seien sich alle einig. Man wolle etwas tun für die Stadtteile und für die Kernstadt. Außerdem solle die Aktivität der Bevölkerung gefördert werden. Man habe jetzt eine ganze Menge Anträge schon aus 2021, die noch gar nicht begonnen worden seien, dann Anträge für 2022, die jetzt beschlossen werden sollten. Diese seien im März schon eingereicht worden. Die damals von den Ortsräten gemeldeten Zahlen seien nur Schätzungen. In allen Bereichen gebe es im Moment Kostenentwicklungen. Es werde sich herausstellen, dass viele dieser Ansätze heute nicht mehr reichen werden. Darum solle man bei dem Vorgehen bleiben, das Fraktionsvorsitzender Auweiler (CDU) vorgeschlagen habe. Der Ortsrat Fitten habe eine Summe von 12.000 € gemeldet, davon sollten jetzt nur 5.000 € umgesetzt werden. Er wisse nicht, ob diese 5.000 € noch ausreichten. Das andere solle nicht verschenkt oder gar vergessen werden, sondern nach wie vor angegangen werden, wenn es finanziell machbar sei, auch mit Fördergeldern. Das brauche Zeit. In Fitten habe man gerade ein Leaderprojekt abgeschlossen, sieben Jahre habe man dafür gebraucht. Dieses habe sich immer wieder verzögert und viel Stress bereitet. Aus diesem Grund werbe er dafür, möglichst viel ohne Fördergeld zu machen. Natürlich könne man mit Fördergeld viel mehr machen, müsse dann aber viel auf die lange Bank schieben. Er rege an, den Beschluss wie vorgeschlagen zu fassen. Wenn am Ende des Jahres Gelder übrig seien, werde die Stadtverwaltung den Rat darüber informieren. Hier werde man nichts verschenken. Der Stadtrat habe das Heft in der Hand und werde die Stadtverwaltung daran erinnern, dass die Gelder dann trotzdem ausgegeben werden.

Beschluss:

Es wird beschlossen, dass folgende Projekte im Rahmen des Stadtteilbudgets zur Stärkung der Stadtteile 2022 sowie als Fördermaßnahme umgesetzt werden:

Harlingen – Instandsetzung Schutzhüttengelände

Merchingen – Blumenwiese mit Insektenhotel und Sinnenbank im Umfeld Marienkapelle

Schwemlingen – Offene Bibliothek/Bücherschrank

Hilbringen – Geschwindigkeitsmesstafeln

Merzig – Rundweg in der Stadt

Mechern – Mehrgenerationen-Sportfeld

Brotdorf – Verschönerungen Ortsein- und -ausgänge mit Schildern und Bepflanzungsmöglichkeiten

Fitten – Sitzbank

Mondorf – Getränkeautomat

Die für Hilbringen veranschlagten 6T € für Bäume entlang der L170 sollen aus einem anderen Budget genommen werden. Für die Maßnahme in Fitten („Kapelle Fitten Außenbereich“) sollen 5T € verwendet werden; die übrigen Mittel sollen 2023 zur Verfügung gestellt werden. Für die Maßnahme in Mondorf wird ein reduzierter Ansatz von 14.600 € beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
30	0	0

4 Energieeinsparmaßnahmen

4.1 Information zu städtischen Maßnahmen

2022/1631

zur Kenntnis genommen

Der Vorsitzende erläutert die in der Vorlage aufgeführten Maßnahmen. Im Bereich der Sporthallen gebe es möglicherweise eine Änderung, da wohl die meisten Kommunen im Landkreis das Warmwasser in den Sporthallen angeschaltet lassen wollten. Auch im Bereich der Straßen und Außenbeleuchtung gebe es Ausnahmen. Einerseits sollten die Kreuzbergkapelle, andererseits der Stadtpark weiterhin beleuchtet bleiben. Dies geschehe in Abstimmung mit dem Ordnungsamt aus Sicherheitsgründen, insbesondere aufgrund von drohendem Vandalismus.

Fraktionsvorsitzender Borger (Bündnis 90/Grüne) begrüßt ausdrücklich, dass die Stadtverwaltung Vorschläge unterbreite habe und in Zusammenarbeit mit Personalrat und Bediens-

teten zu einer Lösung gekommen sei, die natürlich auch zu Einschränkungen bisheriger Lebensgewohnheiten führen werde. Er begrüße es auch, unabhängig von dem aktuellen Anlass der Kriegshandlungen, deswegen, weil Energiesparen und erneuerbare Energien elementare Bausteine für die Energieunabhängigkeit seien. Dies solle man festschreiben für die Zukunft. Man müsse stetig prüfen, wie man einen Beitrag leisten und welche Maßnahmen man ergreifen könne, um energieunabhängiger zu werden. Zum Thema Weihnachten sei anzumerken, dass man früher Weihnachten ohne Elektrik, stattdessen eher mit Kerzen gefeiert habe. Man könne auch daran denken, gemeinsam mit dem VHG eine Aktion mit Windlichtern und großen Kerzen für die Fußgängerzone zu starten. Auch mit Kerzen könne man eine sehr schöne, stimmungsvolle Weihnachtsatmosphäre verbreiten.

4.2 Anpassung der Vertragsbedingungen für die Nutzung der Stadthalle Merzig

2022/1603
ungeändert beschlossen

Fraktionsvorsitzender Auweiler (CDU) bekräftigt, man müsse zukünftig darüber nachdenken, wie man den Energieverbrauch reduzieren könne. Besonders gut sei, dass man mit allen Beteiligten gesprochen habe, mit Schulleitungen, Vereinen oder mit Nachbarkommunen. Trotzdem machten solche Maßnahmen, wie die Entgeltanpassung, keinen Spaß. Noch weniger Gefallen dürfe die Verwaltung daran gefunden haben. Darum sei es außerordentlich lobenswert, dass man sich dennoch Gedanken gemacht habe und sich öffentlich dieser Situation stelle. Obwohl man mit Blick auf die drei Benutzergruppen die Energiekosten verdoppele, sei es der CDU-Fraktion wichtig, dass man zumindest für die Nutzung durch Vereine nicht an den Energiekosten drehe. Einige Entscheidungen auf allen Ebenen der Politik müsse man aber auch kritisch hinterfragen. Hier müsse auch der Merziger Stadtrat Verantwortung übernehmen. Die Erwartungshaltung sei, dass man gemeinsam mit der Verwaltung das Sparpaket auf den Weg bringe. Zunächst habe die CDU-Fraktion beantragen wollen, die Satzungen zeitlich zu befristen, sodass man die Maßnahmen in einem halben Jahr nochmals überprüfen könne. Momentan fahre man auf Sicht und wissen nicht, wie sich die Lage weiterentwickle. Deshalb nehme man von diesem Änderungsantrag Abstand und werde die Lage im Auge behalten, sodass man, wenn sich Kosten veränderten, die Thematik in den Ausschüssen und im Stadtrat nochmal besprechen werde. Wichtig sei, dass die Kreisstadt Merzig bereits einen Schutzschirm aufgespannt habe. Es würden nicht alle Energiekosten 1:1 weitergegeben, man vereinbare lediglich einen Aufschlag. Man wolle den Bürgern und Vereinen im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten aushelfen. Die CDU-Fraktion signalisiere ihre Zustimmung.

Ratsmitglied Manfred Klein (SPD) verkündet, auch die SPD-Fraktion werde allen vier Punkten zustimmen. Vorab wolle er erwähnen, dass keine Gemeinde im Kreis ihre Vereine so stark finanziell unterstütze wie die Stadt Merzig. Dies sei gut und richtig so, denn die Vereine seien besonders stark eingebunden in die gesellschaftlichen Abläufe. Das Ehrenamt habe in Merzig einen besonders hohen Stellenwert, dies habe er auch in den 15 Jahren als Ortsvorsteher immer wieder betont. Die weltweite Energiekrise, der Krieg und die Inflation hätten zu einer unerwarteten und dramatischen Kostenexplosion geführt, insbesondere im Energiebereich. Die Auswirkungen dieser Energiekrise bekämen alle zu spüren, auch der städtische Haushalt sei massiv davon betroffen. Man müsse einen Spagat hinlegen zwischen der Genehmigung des Haushaltes durch die Kommunalaufsicht, den elementaren Haushaltsansätzen und den Ausgaben für die freiwilligen Leistungen. Die in Punkt 4.4 zu beratenden Förderrichtlinien für Sport und Kulturvereine beinhalteten schwerpunktmäßig die Kürzungen be-

ziehungsweise den Wegfall der städtischen Zuschüsse im Energiebereich. Die 110.000 € Zuschüsse pro Jahr für die Vereine im städtischen Haushalt würden nicht angetastet und nicht gemindert oder gekürzt. Die realen Ausgaben der Stadtverwaltung für die Vereine seien um ein Vielfaches höher. Trotzdem würden die Vereine durch die extrem gestiegenen Energiekosten sehr stark belastet. Daher trage die SPD Fraktion die momentan notwendigen Maßnahmen in allen Bereichen mit und bitte ausdrücklich darum, dass das zuständige Amt mit allen Vereinen und auch dem Stadtrat in Verbindung bleibe. Man wolle auf keinen Fall, dass die Existenz einzelner Vereine gefährdet werde. Dann werde der Stadtrat entsprechend beraten und eingreifen müssen. Generell sei eine Neubewertung der Situation im Frühjahr vorzunehmen. Der Stadtrat könne die Förderrichtlinien jederzeit ändern.

Ratsmitglied Weiten (Bündnis 90/Grüne) gibt bekannt, auch die Grünen-Fraktion werde diesen schmerzlichen Beschluss mittragen. Die Vereine hätten sich kooperativ gezeigt und hätten Verständnis für diese Problematik. Er hoffe zwar, dass die Krise schnell vorbeigehe, man solle aber den Faktor Energiesparen und regenerative Energien sowie autarke Versorgung massiv angehen. In irgendeiner Art und Weise werde es solche Krisen wieder geben, denn Energie werde nicht ewig wachsen können. Man müsse damit anders umgehen.

Ratsmitglied Lorenz (SPD) äußert vor dem Hintergrund der nachvollziehbar begründeten Entgelterhöhungen sein Unverständnis über eine vorangegangene Vorlage für den Hauptausschuss, auf einen großzügigen Betrag für Genehmigungsgebühren zu verzichten. Er bitte um Verständnis, dass er sich seiner Stimme zu den betreffenden Tagesordnungspunkten enthalte.

Der Vorsitzende betont, das Eine habe mit dem Anderen wenig zu tun.

Fraktionsvorsitzender Hackenberger (DIE LINKE) widerspricht dieser Aussage des Vorsitzenden. Man verlange den Bürgern, vor allem den Kindern, viel ab. Auf der einen Seite müssten Kinder im Kalten sitzen, auf der anderen Seite werde das Geld mit vollen Händen aus dem Fenster geworfen. An Fraktionsvorsitzenden Auweiler (CDU) richtet er, man fahre nicht auf Sicht, sondern blind. Im Hauptausschuss habe man nicht beziffern können, wie viel Kilowattstunden sich durch die Einzelmaßnahmen einsparen ließen. Man mache jetzt einfach irgendwas und wisse nicht, was es bringe. Er höre mit Erschrecken, dass man das Warmwasser in den Turnhallen wieder aktiviere, nur weil andere Kommunen das auch machten. Und im Gegenzug lasse man die Kinder im Hort oder in den Grundschulen frieren. So könne man nicht arbeiten. Man müsse professionell an das Problem herangehen, sich die einzelnen Kilowattstunden anschauen und danach entscheiden, und nicht nach Gutdünken. Es gehe um das Wohl der Bürger. Darüber hinaus sei die Weihnachtsbeleuchtung eine LED-Beleuchtung. Hier rede man von minimalsten Kilowattstunden. Weihnachten sei ein Fest der Hoffnung. Jetzt setze man gegenüber den Leuten, die schon so viel leiden, ein Zeichen, indem man Weihnachten auch noch auf Sparflamme fahre. Dies sei absolut nicht nachvollziehbar, diesem Punkt werde er auf keinen Fall zustimmen. Den auf die Kilowattstunde genau berechneten Vorschlag der Grünen, die Ampeln nachts abzuschalten, habe man abgetan. Wie im Hauptausschuss verlangt und von Herrn Bies zugesichert erwarte er, dass zu den Einzelmaßnahmen die Kilowattstunden aufgeführt werden, sodass der Rat eine fundierte Entscheidung treffen könne.

Der Vorsitzende antwortet, die Absenkung der Temperatur in den Grundschulen sei der Wunsch von allen Schulleitungen gewesen.

Ratsmitglied Hackenberger (DIE LINKE) wirft dazwischen, dies sei nicht die Wahrheit.

Der Vorsitzende widerspricht, die Unwahrheit gesagt zu haben. Der Vorschlag sei von den Schulleitungen selbst gemacht worden, dem hätten alle zugestimmt. Man habe sich die Situation nicht ausgesucht, darum müsse man Zeichen setzen. Man könne auch weitermachen wie bisher, aber das werde kein Mensch verstehen. Deshalb müsse die Verwaltung vorangehen und Energie einsparen.

Ratsmitglied Hackenberger (DIE LINKE) äußert, er habe mit einer Schulleitung besprochen. Diese habe bestritten, dass dies ein Wunsch gewesen sei. Die Schulleitung habe nur zugestimmt aufgrund der Zusage der Verwaltung, dass wenn es nicht funktioniere, die Temperatur wieder erhöht werde. Es sei auf keinen Fall der Wunsch der Schulleitung gewesen. Große Bedenken bestünden hingegen in den Horten, wo die Kinder auf dem Boden auf Kissen säßen. Dass der Vorsitzende nun sage, das sei der Wunsch der Schulleitung gewesen, entspreche nicht der Wahrheit. Er hoffe, dass dies so in der Zeitung gedruckt werde und fordere den Vorsitzenden auf, bei der Wahrheit zu bleiben.

Der Vorsitzende entgegnet, Herr Hackenberger sei bei der Sitzung nicht dabei gewesen. Er selbst habe sie hingegen geleitet. Ressortleiter Wurzer sei ebenfalls dabei gewesen, genauso wie Frau Wiesen-Hemmo. Damals habe man die Frage an die Schulleitung gestellt, diese habe das ihrerseits so mitgeteilt.

Beschluss:

Die Vertragsbedingungen für die Nutzung der Stadthalle Merzig werden in der von der Verwaltung vorgeschlagenen Form zum 01.10.2022 geändert.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
27	0	3

4.3

Anpassung der Vertragsbedingungen für die Benutzung der Saargauhalle, der Vereins- und Bürgerhäuser, des Dorfgemeinschaftshauses, des Pfarrzentrums Hilbringen und der Seffersbachhalle **2022/1612**
ungeändert beschlossen

Beschluss:

Die Vertragsbedingungen für die Benutzung der Saargauhalle, der Vereins- und Bürgerhäuser, des Dorfgemeinschaftshauses, des Pfarrzentrums Hilbringen und der Seffersbachhalle werden ab dem 1. Oktober 2022 in der von der Verwaltung vorgeschlagenen Form geändert.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
------------	--------------	--------------

28	0	2
----	---	---

4.4 Anpassung der Entgeltordnung zur Nutzung von Schulturnhallen der Kreisstadt Merzig

2022/1592
ungeändert beschlossen

Beschluss:

Die Entgeltordnung für die Nutzung von Schulturnhallen der Kreisstadt Merzig wird in der von der Verwaltung vorgeschlagenen Form zum 01.10.2022 geändert.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
27	0	3

4.5 Anpassung der Sportförderrichtlinien der Kreisstadt Merzig

2022/1611
ungeändert beschlossen

Ratsmitglied Boos (CDU) betont, die Kreisstadt Merzig sei der größte Förderer des Sports in der Stadt. Er sei froh, dass dies trotz der großen Schwierigkeiten weiterhin so bleibe. Mit der Vorlage sei es gelungen, nahezu alle Sportvereine der Stadt mitzunehmen. Die Senkung der Zuschüsse zu den Energiekosten sei unvermeidlich. Das neue Regelwerk berücksichtige dies, es sei auch gelungen, unvermeidbare Diskrepanzen aus dem vorigen Regelwerk zu korrigieren und somit noch mehr Fairness zu schaffen. Die CDU-Fraktion stimme dem Vorschlag zu.

Beschluss:

Die Sportförderrichtlinien und die Bewirtschaftungskostenzuschüsse für Sportvereine der Kreisstadt Merzig werden in der von der Verwaltung vorgeschlagenen Form zum 01.10.2022 angepasst.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
27	1	2

4.6 Anpassung der ergänzenden Richtlinien der Kreisstadt Merzig zur finanziellen Förderung der kulturellen und sonstigen Vereine

2022/1613
ungeändert beschlossen

Ratsmitglied Schmitt (CDU) bekräftigt die Aussagen der Vorredner in Bezug auf die Bedeutung der Vereine für eine Gemeinschaft. Sie bedanke sich im Namen der Nicht-Sportvereine für die gute Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung, für die bestehende Kommunikation und für die Unterstützung in vielfältiger, nicht nur in finanzieller Weise. Man hätte die Vereine auch einfach in das Elend hineinlaufen lassen können, die Kreisstadt Merzig habe sich jedoch dagegen entschieden. Dafür wolle sie sich bedanken und befürworte, dass es bei einem weiteren Dialog bleibe, je nachdem, wie sich die Lage entwickele.

Beschluss:

Die ergänzenden Richtlinien zur Förderung der kulturellen und sonstigen Vereine der Kreisstadt Merzig werden in der von der Verwaltung vorgeschlagenen Form zum 01.10.2022 angepasst.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
28	0	2

4.7 Antrag CDU-Fraktion vom 21.09.2022 "Resolution Schutzschirm für Vereine und mittelständische Unternehmen"

geändert beschlossen

Fraktionsvorsitzender Auweiler (CDU) bedankt sich zunächst bei den Ratsmitgliedern dafür, dass man diese Resolution heute behandeln könne. Die Resolution sehe vor, den Schutzschirm der Regierung zu erweitern. Der Stadtrat von Merzig fordere Landes- und Bundesregierung auf, einen Schutzschirm für Vereine und mittelständische sowie kleine Unternehmen aufzubauen, um wichtige Stützpfeiler der Gesellschaft in der sich verschärfenden Krise zu unterstützen. Der Stadtrat von Merzig vermisse eine ausreichende Wertschätzung für Vereine und mittelständische Unternehmen in den bisher getroffenen Maßnahmenpaketen des Bundes. Durch die enorm gestiegenen Energiekosten aufgrund des Krieges, aber auch aufgrund der Entscheidungen der Vorgängerregierungen wie auch die Entscheidungen der jetzigen Regierung gerieten immer mehr Vereine und kleine wie mittelständische Unternehmen in finanzielle Bedrängnis. Gerade diese Stellen spielten eine zentrale Rolle im gesellschaftlichen Zusammenleben und in der Bereitstellung von wichtigen Arbeitsplätzen, sie seien eine wichtige Stütze im Leben vieler Bürgerinnen und Bürger. Daher müssten gerade diese in der kritischen Zeit unterstützt werden. Dem Stadtrat von Merzig sei es besonders wichtig, dass geeignete Maßnahmen durch Regelungen getroffen werden, um existenzbedrohende finanzielle Engpässe abzufedern. Ratsmitglied Manfred Klein (SPD) habe bereits angedeutet, dass es Vereine gebe, die mit den steigenden Kosten etwas besser klarkämen als andere kleinere

Vereine oder auch Unternehmen, die gegebenenfalls nachher Insolvenz anmelden müssten. Er werbe um Unterstützung der Resolution in der heutigen Sitzung. Die CDU-Fraktion wolle alle im Stadtrat vertretenen Parteien mitnehmen und signalisiere, an dem Resolutionstext nicht Wort für Wort genau festhalten zu wollen. Man stehe sachlichen Argumenten aufgeschlossen gegenüber, um ein gemeinsames Textwerk zu verfassen. Während der Pandemie hätten alle Unternehmen, aber auch Vereine, massiv gelitten. Kleinere Bäckereien könnten die Energiekosten nicht mehr tragen, mitgliederschwache Vereine hätten ihre Rücklagen aufgebraucht. Im Gegensatz zur Stadt seien Kreis, Land und Bund bei den Hilfen bisher sehr zurückhaltend gewesen. Die CDU-Stadtratsfraktion spreche bewusst keine Parteien an, das habe man auch in den vergangenen Resolutionstexten nicht gemacht, da dies der ganzen Sache nicht zuträglich sei. Man hoffe, dass dieser Impuls erreichen könne, an der einen oder anderen Stellschraube nachzudrehen. Die Ratsmitglieder als Verantwortliche für Merzig kennen die Unternehmen und die Vereine, man kenne auch deren Sorgen. Deshalb solle man gemeinsam eine Unterstützung, zumindest in Form einer Resolution, beschließen, um auch dort an der einen oder anderen kleinen Stellschraube nachzubessern. Man müsse nun als Vertreter der Bürgerinnen und Bürger von Merzig gemeinsam zeigen, dass man die Sorgen und Nöte der Vereine und Unternehmen ernstnehme. Er bitte darum, hier keine Parteipolitik zu betreiben. Die CDU-Stadtratsfraktion habe, wenn um wichtige Dinge gehe, kein Problem, mit dem Finger auf andere, auf Land und auf Bund zu zeigen, um tatsächlich den Bürgerinnen und Bürger ein Stück zu helfen.

Der Vorsitzende erwidert, im Laufe des Tages seien zwei Ergänzungen von zwei Fraktionen eingegangen.

Fraktionsvorsitzender Borger (Bündnis 90/Grüne) bekundet, es sei interessant zu hören, dass in der Vergangenheit parteipolitische Maßstäbe bei Resolutionen nicht berücksichtigt worden seien. Zumindest bei den Resolutionen, die seine Fraktion gestellt habe, sei man es immer parteipolitisch angegangen. Er habe im Vorfeld auch immer wieder festgestellt, dass man in Merzig die Vereine so gut unterstütze, wie sonst niemand. Man habe heute einen Rettungsschirm aufgespannt und unterstütze auch zukünftig die Vereine. Es sei immer gut, global zu denken und lokal zu handeln. Heute habe man lokale Zeichen gesetzt. Der Stadtrat sei nah dran an den Vereinen. Für ihn stelle sich daher immer die Frage, wie eine Landesregierung oder eine Bundesregierung die Vereine in Merzig unterstützen solle. Der Stadt Merzig ein Geldpaket zu überweisen, sei wohl kaum möglich. Wenn seine Fraktion in der Vergangenheit Anträge gestellt habe, habe man die Frage „wo soll das Geld herkommen?“ benutzt, um diese abzulehnen. Diese Frage stelle sich aber im Moment, wenn auch gegen die in der Resolution angesprochene Bundesregierung Fundamentalopposition betrieben werde, wenn es um Maßnahmen gehe, um Geld zu akquirieren, beispielsweise Reichensteuer oder Übergewinnsteuer. Dort werde der Bundesregierung, egal wie sie sich zusammensetze, die Möglichkeit genommen, irgendwo Geld zu akquirieren für mögliche Entlastungen. Dort gebe es einen Fehler in der Konsistenz der Begründungen. Man unterstütze grundsätzlich das Ansinnen, es gehe aber nicht weit genug. Es gebe ein paar Punkte, die gesagt werden müssten. Man müsse die CDU-Fraktionen im Landtag und Bundestag auffordern, die Landes- und Bundesregierung zu unterstützen und die bisherige Blockadehaltung aufzugeben. Die Bundesregierung müsse ebenfalls schauen, wo sie das Geld herbekomme. Eine mangelnde Wertschätzung zu unterstellen, ohne dies zu begründen, sei fragwürdig. Wertschätzung sei weit davon entfernt, nur mit Geld ausgezahlt zu werden. Die enorm steigenden Energiekosten resultierten im Wesentlichen aus der Blockade der Energiewende, ohne eine konkrete Partei anzusprechen zu wollen, das sei ein Fakt. „Der Stadtrat Merzig bedauert es, dass die Vorgängerregie-

rung uns durch ein wenig weitsichtiges Regierungshandeln erst in diese Situation gebracht habe, die der schreckliche Krieg gnadenlos offenbart“, schlage er zu ergänzen vor. „Die Politik der letzten Regierungen ist ursächlich für die aktuellen Probleme verantwortlich, die zu einer Destabilisierung der Wirtschaft und unseres sozialen Gefüges geführt haben und vermutlich weiterführen werden.“ Auch dies sei in der Resolution nicht aufgeführt. Das sei etwas, das seine Fraktion extrem schmerze. Es seien sowohl Vereine betroffen, die Wirtschaft sei betroffen. Aber was man möglicherweise in diesem Winter oder zum Jahreswechsel massiv mitbekommen werde, sei, dass das behütete soziale Gefüge aus den Fugen geraten werde. „Der Stadtrat Merzig sieht insbesondere die CDU Fraktion im Bundestag in der herausragenden Verantwortung, ihre Blockadehaltung gegenüber vielen elementar wichtigen Projekten der Bundesregierung zu beenden“, begründet Borger die Ergänzung weiter. Seiner Fraktion werfe man immer vor, gegen alles zu sein, wenn man sich die Niederschriften ansehe. Man sei nicht gegen alles, sondern nur gegen das, was nicht überzeuge. Aber wenn man dagegen sei, dass Geld akquiriert werde, könne er kein Verständnis zeigen. Auf Nachfrage aus der CDU-Fraktion verliert er seinen Vorschlag: „Schutzschirm der Regierung erweitern: Der Stadtrat von Merzig fordert die Landes- und Bundesregierung auf, einen Schutzschirm für Vereine und mittelständische Unternehmen aufzubauen, um wichtige Stützpfeiler der Gesellschaft in der sich verschärfenden Krise zu unterstützen. Die CDU-Fraktion im Landtag und Bundestag wird aufgefordert, die Landes- und Bundesregierung dabei zu unterstützen und die bisherige Blockadehaltung aufzugeben.“

Ratsmitglied Manfred Klein (CDU) bekundet sein Entsetzen. Man habe eine Resolution vorgeschlagen vor dem Hintergrund, Vereinen zu helfen und nicht, um mit der Vergangenheit abzurechnen. Es stehe außer Frage, dass vieles in der Vergangenheit falsch gelaufen sei, aber es gehe um eine Resolution in die Zukunft und nicht in die Vergangenheit.

Ratsmitglied Weiten (Bündnis 90/Grüne) weist darauf hin, dass es in der Bundespolitik bestimmte Abläufe gebe. So sei beispielsweise der Bundesrat ein wichtiger Faktor, die Blockade werde von dieser Seite gemacht. Im Bundestag stehe die entsprechende Mehrheit. Man könne nicht einfach nur Oppositionspolitik machen wie vorher. Die Krise sei jetzt so groß, dass eigentlich alle zusammenhalten müssten, um Lösungen zu finden.

Ratsmitglied Schmitt (CDU) gesteht, sie könne dieser Argumentation nicht folgen. Man wolle gemeinsam eine Resolution verfassen, was man schon öfter getan habe und wobei man sich immer bemüht habe, den gemeinsamen Zweck der Resolution zu treffen. In einer Demokratie gehöre ein kritisch geführter Dialog dazu. Jetzt sei eine Resolution beantragt, um die übergeordneten Institutionen Land und Bund darauf aufmerksam zu machen, dass eventuell Lücken in einem Schutzschirm bestünden. Sie verstehe nicht, was es soll, einer Fraktion in einem Parlament Vorschriften machen zu wollen, wie sie sich in einem Parlament zu verhalten habe. Das sei völlig unverständlich und das gehöre in keinen Resolutionstext.

Fraktionsvorsitzender Borger (Bündnis 90/Grüne) betont, er könne die Aufregung von Ratsmitglied Manfred Klein (CDU) nicht verstehen. Im Endeffekt habe sein Vorschlag nur eine zentrale Forderung vorgesehen, die darüberhinausgehende Begründung, die er eben vorgelesen habe, habe er nicht in den Ergänzungsvorschlag formuliert. Es gehe nur um den einleitenden Satz. Er könne die Formulierung auch nach Belieben abändern, dann schreibe man der CDU-Fraktion im Bundestag nicht vor, wie sie sich zu verhalten habe, stattdessen stelle der Stadtrat Merzig fest, dass die CDU-Fraktionen im Landtag und Bundestag eine Blockadehaltung betrieben. Den Aspekt der Wertschätzung solle man nicht aufnehmen, das sei eine sehr subjektive Darstellung, die überhaupt nicht verifizierbar sei. Wenn man es so formuliere, dass die Bundesregierung den Vereinen nicht genügend Geld bezahle, sei dies etwas an-

deres und besser messbar. Zu unterstellen, dass die Bundesregierung, die SPD-Fraktion oder der Bundeskanzler den Vereinen und mittelständischen Unternehmen keine Wertschätzung entgegenbrächten, sei hart. Hier wundere ihn das Schweigen der SPD-Stadtratsfraktion.

Der Vorsitzende stellt klar, die Intention, eine solche Resolution zu stellen, komme nicht von der Verwaltung, sondern aus dem Rat. Die CDU-Fraktion habe einen Vorschlag gemacht, Änderungen seien eingegangen von Herrn Borger und von Herrn Hackenberger. Richtig sei: Die Begründung interessiere nachher ohnehin nur das Gremium. Die Begründung werde nicht weitergeleitet, weder nach Berlin noch nach Saarbrücken. Es komme im Wesentlichen auf den Text der Resolution an. Resolutionen hätten nur dann einen Sinn, wenn man nach vorne schaue und nicht zurück. Die Änderung von Herrn Hackenberger betreffe nicht den Resolutionstext, sondern nur die Begründung. Man solle sich aber auf den Resolutionstext konzentrieren, alles andere bringe niemanden weiter. Im Prinzip wollten alle das Gleiche. Es gehe nur um die Formulierung, deswegen sollte man sich nicht auseinanderdividieren lassen. Darum schlage er folgende Formulierung vor: „Der Stadtrat von Merzig fordert die Landes- und Bundesregierung auf, einen Schutzschirm für Vereine und mittelständische Unternehmen aufzubauen, um wichtige Stützpfeiler der Gesellschaft in der sich verschärfenden Krise zu unterstützen.“ Soweit sei man sich einig. Zur Ergänzung von Herrn Borger schlage er folgende Formulierung vor: „Alle Parteien im Landtag und im Bundestag werden aufgefordert, die Landes- und Bundesregierung dabei zu unterstützen.“

Ratsmitglied Manfred Klein (CDU) wolle, um etwas Schärfe herauszubringen, vorschlagen: „Der Stadtrat von Merzig vermisst eine ausreichende finanzielle Unterstützung für kleine Unternehmen bei den bisher getroffenen Maßnahmen des Bundes.“ Dies hätte den Aspekt der Wertschätzung eliminiert. Er könne allerdings mit dem Vorschlag des Vorsitzenden gut leben. Dieser tue keinem weh und sei zukunftsgerichtet, so wie es wichtig sei. Man wolle ein Ziel erreichen und nicht Parteipolitik machen.

Fraktionsvorsitzender Hackenberger (DIE LINKE) akzeptiert den Kompromissvorschlag des Vorsitzenden. Damit seien alle Parteien erfasst, zudem sei er zukunftsgerichtet. Er wundere sich lediglich über die SPD-Stadtratsfraktion, dass ein Angriff auf die SPD-geführte Bundesregierung einfach so stehen gelassen werde.

Ratsmitglied Dr. Kost (CDU) schlägt zur Formulierung vor, nicht von Parteien zu reden, man wolle im Prinzip über Parteien hinaus. Wenn man von Bundesrat und Bundestag rede, solle man direkt an die Organe adressieren. Nicht die Parteien seien im Bundesrat vertreten, sondern die Länder. Die Länder entsendeten Vertreter in den Bundesrat und beteiligten sich dort. Insofern habe der Stadtrat keinen großen Einfluss darauf, was eine Landesregierung aus Thüringen im Bundesrat veranstalte. Man solle die Formulierung versachlichen auf das, was staatsbürgerlich und überhaupt im Wege der Verfassungsmäßigkeit der Organe möglich sei. Wenn man es auf die zuständigen Organe herunterbreche, adressiere man einerseits an die Bundesregierung sowie die Landesregierung, ansonsten aber auch an Bundesrat und Bundestag.

Fraktionsvorsitzender Auweiler (CDU) verkündet für die CDU-Fraktion, den Vorschlag des Vorsitzenden mittragen zu wollen. Er fragt den Fraktionsvorsitzenden Borger (Bündnis 90/Grüne), ob der Vorschlag von Ratsmitglied Dr. Kost (CDU) für die Grünen-Fraktion ebenfalls konsensfähig sei. Er schlage darüber hinaus vor, den von Ratsmitglied Manfred Klein (CDU) angeführten Satz ebenfalls aufzunehmen. Falls diese Vorschläge keine Zustimmung fänden, plädiere er dafür, die Resolution im Wortlaut des Vorschlages des Vorsitzenden zu beschließen.

Der Vorsitzende gibt zu bedenken, dass alles das, was hier beschlossen werde, auch von der Verwaltung umgesetzt werden müsse. Wenn man das Schreiben an den Bundesrat adressieren wolle, dann müsse man nicht nur eine Landesregierung anschreiben, sondern 16. Der Wunsch sei, dass die Landesregierung in ihren Gremien darüber diskutiere und das Ansinnen mitnehme.

Fraktionsvorsitzender Borger (Bündnis 90/Grüne) spricht sich für den Vorschlag des Vorsitzenden aus. Der Vorschlag der CDU-Fraktion sei zwar berechtigt, dann lege man den Ball aber wieder ins Feld der Parteipolitik.

Beschluss:

Der Stadtrat verabschiedet unter der Überschrift „Schutzschirm der Regierung erweitern“ folgende Resolution: Der Stadtrat von Merzig fordert die Landes- und Bundesregierung auf, einen Schutzschirm für Vereine und mittelständische Unternehmen aufzubauen, um wichtige Stützpfiler der Gesellschaft in der sich verschärfenden Krise zu unterstützen.

Alle Parteien in Land- und Bundestag werden aufgefordert, die Bundes- und Landesregierung dabei zu unterstützen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
22	0	7

Stadtratsmitglied Palz (SPD) war zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Raum.

4.8 **Antrag Bündnis 90/Die Grünen vom 19.07.2022** **2022/1599**
„Energieeinsparung, Ampelschaltung“ zurückgezogen

Fraktionsvorsitzender Borger (Bündnis 90/Grüne) betont, zu Beginn der Diskussion zu Einsparungen in Merzig habe man das Thema auf die Agenda gebracht, ebenso wie andere Maßnahmen, beispielsweise die Beheizung der Außenbecken im Schwimmbad über den Winter oder die Beleuchtung im Stadtpark. Zumindest beim Hallenbad habe sich jetzt etwas getan. Wenn die Polizei in Merzig der Meinung sei, beim Abschalten der Beleuchtung im Stadtpark herrsche der Ausnahmezustand, dann müsse er dies so hinnehmen. Seit dem Bau der Ampelanlage störe man sich daran, dass die Ampeln rund um die Uhr eingeschaltet seien, obwohl zeitweise gar keine Autos kämen. Es müsse möglich sein, wie es Saarlouis ebenfalls gemacht habe, die Lampen nur dann brennen zu lassen, wenn Verkehr herrsche und sie gebraucht würden. Auf Anfrage der Verwaltung habe der LfS nun gesagt, die Ampeln müssten unbedingt bleiben und auch leuchten, sonst gebe es Unfälle. Seine Fraktion sei nun in einer Zwickmühle. Man müsse das zur Kenntnis nehmen, obwohl er persönlich seine eigene Meinung dazu habe, und ziehe den Antrag deshalb zurück.

Der Vorsitzende ruft in Erinnerung, man habe ja auch im Hauptausschuss schon über den

Antrag gesprochen, für den man in der Verwaltung durchaus Sympathie gehegt habe. Allerdings habe das Schreiben des LfS gezeigt, dass die Idee an dieser Stelle von den Verantwortlichen aus Sicherheitsgründen nicht mitgetragen werden könne.

5 **Aufstellung des Bebauungsplans „Vordere Rieffstraße“ einschließlich Änderung des Bebauungsplanes "Bahngelände Rieffstraße - Plan 1" im Stadtteil Merzig; Einleitung des Verfahrens** 2022/1342
ungeändert beschlossen

Ratsmitglied Manfred Klein (CDU) verkündet für die CDU-Fraktion, man begrüße ausdrücklich die Aufstellung des Bebauungsplanes, weil auch die Veränderungssperre damit im Zusammenhang stehe. Mit dieser Veränderungssperre mache man sehr deutlich, dass an dieser zentralen Stelle nicht gebaut werden darf, was man wolle, sondern das, was für die Stadt insgesamt gut sei. Es sei wichtig, diese Weiche jetzt zu stellen.

Ratsmitglied Weiten (Bündnis 90/Grüne) legt dar, man habe kein grundsätzliches Problem mit dem Bebauungsplan, sondern nur mit der Zuteilung des Gebietes. Es kämen drei Gebiete zum Kernbereich dazu. Die ehemalige Parkfläche von Kaufland sei unproblematisch. Er sehe jedoch kritisch, dass man Gewerbeflächen zu Sondergebieten des Einzelhandels umwandle. Im Ausschuss sei gesagt worden, dies bedeute nicht, dass dort auch Einzelhandel angesiedelt werde. Aber die Zielsetzung sei nun für das ganze Gebiet definiert worden. Das sei seiner Meinung nach keine Förderung der Innenstadtlage. Auch die Aussage, dass dort nur innenstadtrelevante Produkte verkauft würden, sei so nicht richtig. Dort bekomme man alles, was man auch in der Stadt bekomme. Im Zusammenhang mit der Globus-Ansiedlung würden dann viele Bürger nicht nach Merzig in die Innenstadt gehen, da sie in 500 m Umkreis alles an Ort und Stelle bekämen. Insbesondere die gewerblichen Flächen seien attraktiv für andere Bereiche, die für die Stadt an sich sehr interessant seien. Dem Bebauungsplan in der Größenordnung dieses Zuschnitts könne man nicht zustimmen. Man wolle sich aber nicht verweigern, weswegen die Grünen-Fraktion sich enthalten werde.

Ressortleiter Bies erläutert, zunächst fasse man den Aufstellungsbeschluss. Im Aufstellungsbeschluss müsse man den Anlass und die aktuelle Situation darstellen, dazu gehörten auch die vorhergegangenen Beschlüsse des Stadtrates. Der Stadtrat könne nachher im Verfahren die Nutzung entsprechend definieren. Man fange gerade erst an, über die Inhalte zu diskutieren. Zur Fläche des LfS, die seit einiger Zeit leer stehe, merkt er an, dass das Land sie verkaufen wolle, ohne größere Auflagen. Dort sei vom Gerüstbau bis hin zu sonstigen Nutzungen im Moment alles möglich. Die Fläche mit der Produktionsstätte für Beton sei davon ausgenommen. Diese gehöre nicht zum LfS-Grundstück dazu, sondern sei ein Privatgrundstück. Die Notwendigkeit der Veränderungssperre habe sich ganz konkret ergeben, da die Absicht des Landes bekannt geworden sei, die Fläche ohne Vorgaben zu veräußern. Im Bereich des ehemaligen Kaufland-Parkplatzes bestehe auch dringender Handlungsbedarf, weil für die Gesamtfläche im Moment kein Bebauungsplan vorliege. Einem eventuellen Bauantrag, der dort ein Gebäude vorsehe, das von der Kubatur in etwa zu den angrenzenden Gebäuden passe, müsste nach aktueller Rechtslage zugestimmt werden. Für die restlichen Flächen sei man in Gesprächen und informiere den Rat regelmäßig darüber. Im nächsten Schritt werde man gemeinsam mit Rat und Bürgerbeteiligung eine städtebauliche Studie erarbeiten. Diese werde städtebauliche und gestalterische Rahmenbedingungen setzen, welche dann wiederum

Basis für den Bebauungsplan sein werden, der durch die gestalterischen Rahmenbedingungen auch die Art der Nutzung definiere. Das Ergebnis dieses Verfahrens sei noch völlig offen. Der Stadtrat könne völlig frei entscheiden und sei Herr des Verfahrens. Parallel werde es eine Fortschreibung des Einzelhandelskonzeptes geben, in welchem auch die Sortimentsliste aufgearbeitet werden solle.

Ratsmitglied Manfred Klein (SPD) drängt, es sei allerhöchste Zeit, hier zu handeln. Es gebe eine unterschiedliche Interessenlage im Baugebiet mit vielen Investoren, Grundstücksbesitzern und gegenläufigen Interessen. Die Entscheidung, die der Rat heute treffe, sei zum Schutze des Gesamtbildes der Stadt, damit die Stadtverwaltung und der Stadtrat genau vorgeben könnten, was dort passiere. Die Veränderungssperre und der Bebauungsplan müssten durchgebracht werden, sie seien längst überfällig.

Beschluss:

Es wird die Einleitung eines Verfahrens zur Aufstellung eines Bebauungsplanes „Vordere Rieffstraße“ einschließlich Änderung des Bebauungsplanes „Bahngelände Rieffstraße – Plan 1“ gem. § 2 Abs. 1 BauGB beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
25	1	4

6 Veränderungssperre „Vordere Rieffstraße – Teilbereich 1“ im Stadtteil Merzig; Einleitung des Verfahrens **2022/1343**
ungeändert beschlossen

Ratsmitglied Weiten (Bündnis 90/Grüne) äußert sich zur aktuellen Parkfläche. Dort stimme man zu. Zu den restlichen Vorschlägen stehe die Fraktion anders.

Beschluss:

Für einen Teilbereich (1) des Bebauungsplanes „Vordere Rieffstraße“ im Stadtteil Merzig wird eine Veränderungssperre gem. § 14 BauGB beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
28	0	1

Stadtratsmitglied Dr. Hans (CDU) war zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Raum.

7 **Veränderungssperre „Vordere Rieffstraße Teilbereich 2“ im Stadtteil Merzig; Einleitung des Verfahrens** 2022/1344
ungeändert beschlossen

Ratsmitglied Weiten (Bündnis 90/Grüne) bezieht sich auf seine Aussage zu einem vorangegangenen Tagesordnungspunkt. Dieses Gebiet gehöre eigentlich nicht dazu. Ressortleiter Bies habe selbst gesagt, dort gehöre kein Einzelhandel hin. Seine Fraktion habe bereits Vorschläge gemacht, was an diesem Standort entwickelt werden könne. Dass das jetzt nicht komme, sei schade. Schwerpunktmäßig solle dieses Gebiet als gewerblicher Bereich bestehen bleiben. Es gebe noch andere gewerbliche Bereiche, die in Merzig fehlten. Dies sei sinnvoller, als Einzelhandel zur Zielsetzung zu erklären.

Fraktionsvorsitzender Borger (Bündnis 90/Grüne) erkundigt sich, ob die Stadt Merzig Interesse habe, den ehemaligen LfS-Standort zu erwerben, da die öffentliche Hand der öffentlichen Hand in der Regel sehr günstig verkaufe.

Der Vorsitzende antwortet, dies sei momentan nicht beabsichtigt.

Ressortleiter Bies konkretisiert, es gebe auch fachliche Gründe, davon Abstand zu nehmen. Man kenne die Gründe, weshalb der LfS diese Fläche verlassen habe. Es bestehe ein hohes Risiko für die Stadt, die Fläche zu kaufen und zu ertüchtigen.

Fraktionsvorsitzender Hackenberger (DIE LINKE) äußert ebenfalls Bedenken und stimmt Ratsmitglied Weiten (Bündnis 90/Grüne) zu. Die privaten Eigentümer würden de facto enteignet. Er habe die Befürchtung, dass die Grundstücke wesentlich im Preis steigen werden, wenn man das Gebiet für den Einzelhandel ausweise.

Ressortleiter Bies entgegnet, man fasse heute nicht den Beschluss, dort Einzelhandel anzusiedeln. Es gehe um den Beschluss, in eine Diskussion einzusteigen, um die zukünftige Nutzung festzulegen. Es gebe Flächen, da mache es Sinn, beide Optionen offen zu lassen.

Beschluss:

Für einen Teilbereich (2) des Bebauungsplanes „Vordere Rieffstraße“ im Stadtteil Merzig wird eine Veränderungssperre gem. § 14 BauGB beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
25	4	1

8 **Bebauungsplan „Rotensteiner Weg“ in der Kreisstadt Merzig; Billigung und Beschlussfassung über die erneute Beteiligung der** 2022/1544
ungeändert beschlossen

Öffentlichkeit und der Behörden (§ 4a Abs. 3 BauGB)

Fraktionsvorsitzender Borger (Bündnis 90/Grüne) bekundet, das Thema irritiere die Grünen-Fraktion von Beginn an. Als man damals schon darüber diskutiert habe, sei das Thema V&B-Gelände noch nicht aktuell gewesen. Als dann später die Entscheidung von V&B bekannt wurde, habe der Vorsitzende gesagt, es sei auf der einen Seite eine Tragödie, dass der Gewerbekomplex einfach leer stehe, auf der anderen Seite böte sich für Merzig eine große städtebauliche Chance, die Fläche zu entwickeln. Man rede jetzt nur über einen Teilbereich des gesamten Betriebskomplexes. Durch die neue Situation sei es notwendig, das gesamte Areal zu beplanen, da nun auch der Seffersbach eine andere Chance habe. Man habe mit diesem großen Komplex eine einmalige Chance für den Städtebau, auch für die Natur und die Umwelt. Man könne den Seffersbach wieder freilegen, um die Kaltluftschneise von Merzig zu optimieren. Stattdessen schneide man jetzt einzelne Happen raus und bebaue diese. Das wolle seine Fraktion vermeiden und bitte deshalb darum, das Verfahren zu stoppen und das zu tun, was auch im Zusammenhang mit dem Ende von V&B angekündigt worden sei, nämlich das gesamte Gebiet in einem städtebaulichen Verfahren zu entwickeln und nicht Salamtaktik zu betreiben.

Ressortleiter Bies stellt klar, man fasse nicht den Beschluss, den Bebauungsplan zu verabschieden, sondern den, eine erneute Offenlage zu machen, die notwendig sei, weil aus der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange Forderungen gekommen seien, die es formal notwendig machten, die komplette Planung nochmal neu auszulegen. Es sei nicht verpflichtend, den Bebauungsplan später so beschließen. Die Diskussion, die jetzt angestoßen worden sei, könne man vor dem Satzungsbeschluss nochmal führen. Der heutige Beschluss sei ein formal notwendiger Schritt, um die nächsten Schritte in der Diskussion zu gehen.

Fraktionsvorsitzender Hackenberger (DIE LINKE) schließt sich dem Fraktionsvorsitzenden Borger (Bündnis 90/Grüne) an, das Gelände als Ganzes zu beplanen. Seiner Meinung nach solle man auf den Produktionsflächen Gewerbe ansiedeln. Ursprünglich sei die Aussage gemacht worden, dass auf die kleine Fläche Wohngebäude gebaut werden sollten. In der letzten Stadtratssitzung habe er erst erfahren, dass dort Gewerbe angesiedelt werden solle. Sogar Ortsvorsteher Boos (CDU) habe damals als sein Vorredner betont, dass es gut sei, dass dort Wohnbebauung entstehe. Nur in einem Nebensatz habe man jetzt erfahren, dass schon Gespräche mit mehreren Unternehmen stattgefunden hätten, mit einer Schlosserei und einem Malerbetrieb. Offensichtlich seien die Gespräche also schon weiter fortgeschritten. Deshalb erkundige er sich jetzt zum aktuellen Stand. Auch eine Fahrradstraße im Rotensteiner Weg habe man gefordert. In der gestrigen Ortsratssitzung sei von einer Physiopraxis und einer Podologie gesprochen worden. Es gebe offensichtlich kein klares Bild. Es interessiere ihn darüber hinaus, ob den Anwohnern bekannt sei, dass ihnen gegenüber Gewerbebetriebe einziehen sollen.

Der Vorsitzende bekennt, von einer Schlosserei und einem Malerbetrieb höre er heute zum ersten Mal.

Ressortleiter Bies entgegnet, es sei grundsätzlich hilfreich, sich die Vorlagen anzuschauen. In der ersten Vorlage sei zu erkennen, was an Nutzung und an Baulichkeiten vorgesehen sei. Schlosserei und Malerbetrieb seien nicht darunter. Theoretisch sei ein Malerbetrieb zwar denkbar, konkret vorgesehen sei dies aber nicht. Außerdem führe die Gespräche mit Investoren der Grundstückseigentümer, nicht die Stadt. Die Stadt sei nicht Eigentümerin dieser Fläche.

Ratsmitglied Boos (CDU) ärgert sich, dass er von Ratsmitglied Hackenberger (DIE LINKE) falsch zitiert worden sei. Er habe in der Ortsratssitzung darüber informiert, dass das, was jetzt stattdessen, nur eine weitere Offenlegung sei. Es gehe nicht darum, dass dort jetzt gebaut werden solle. Das habe er in der Sitzung mehrfach erklärt, darum verstehe er nicht, warum Herr Hackenberger hier erneut dieselben Fragen stelle.

Ratsmitglied Weiten (Bündnis 90/Grüne) fragt nach, ob die Wiederoffenlegung wegen einer Lärmschutzprüfung geschehe und ob diese Prüfung wegen der Industrieansiedlung durchgeführt worden sei. Egal, in welcher Form die gewerbliche Nutzung stattdessen, egal ob dort mehr Lärm entstehe oder nicht, ein höheres Verkehrsaufkommen sei zu erwarten, alleine schon durch den Kundenverkehr. Dies sehe er problematisch. Wie wolle man den ruhenden Verkehr mit der zukünftigen Fahrradstraße, die die Verwaltung als Pilotprojekt vorantreibe, übereinbringen? Auch die mögliche Größe der Gebäude, immerhin 50 Meter Länge, sei kritisch. Auch beim Seffersbach sei noch Diskussionspotential. Man müsse vielmehr „entrohren“ als verrohren. Auch Starkregenfälle würden im negativen Sinne interessant werden.

Ressortleiter Bies spricht das Thema Lärmschutz an. Entscheidend für die Forderung sei nicht die aktuelle Nutzung beziehungsweise die im Moment nicht vorhandene Nutzung, entscheidend sei die genehmigte Nutzung. Theoretisch könne es sein, dass in diese Hallen nochmal ein produzierender Betrieb einziehe, der dann die gleichen Emissionswerte generieren könne wie der Vorgängerbetrieb. Zur Verkehrsführung und der Fahrradstraße stimme er dem Fraktionsvorsitzenden Borger (Bündnis 90/Grüne) zu. Generell bedürfe die Erschließung des Gebietes, je nach Nutzung, einer komplett neuen Verkehrsplanung und neuer Erschließungswege. Die 50-Meter-Wand werde es nicht geben.

Fraktionsvorsitzender Hackenberger (DIE LINKE) richtet sich zunächst gegen die aus seiner Sicht ehrabschneidenden Aussagen der Herren Bies und Boos. Des Weiteren erinnere er sich an eine der letzten Stadtratssitzungen, in der auch er die lange Wand angesprochen habe. Fachbereichsleiter Bies habe dann die Gebäude schön beschrieben, dass sie so hoch seien mit Penthousewohnung auf dem Dach, dazu noch die Malerbetriebe, das sei für die Anwohner besser und verursache keinen Lärm. Dies habe Herr Bies scheinbar vergessen. Er habe den Eindruck, es werde nicht mit offenen Karten gespielt, er fühle sich an den Gustav-Regler-Platz erinnert. Dort sei immer suggeriert worden, es gehe nur um die Garagen und die Verschönerung der Hinterhofsituation. Auf einmal erfahre er aus der Zeitung, dass da ein riesiger Bunker hinsolle. Er habe die Befürchtung, dass das hier genauso laufe.

Der Vorsitzende entgegnet zum Gustav-Regler-Platz, Herr Hackenberger habe nicht aus der Zeitung von den Plänen erfahren müssen, sondern in einem Vier-Augen-Gespräch zwischen dem Vorsitzenden und Herrn Hackenberger, um das er bei einer Veranstaltung der Villa Fuchs gebeten habe.

Ratsmitglied Manfred Klein (CDU) kommt auf den eigentlichen Beschluss zu sprechen. Heute werde eine neue Offenlegung beschlossen, deren Ergebnis dazu führen könne, dass bereits abgewogene Einwände, die eigentlich schon abgeschlossen seien, nochmals neu eingebracht werden könnten. Das Verfahren lebe dann im Ausschuss und im Stadtrat wieder neu auf. Das sei ein Zeichen von Demokratie „live“.

Fraktionsvorsitzender Borger (Bündnis 90/Grüne) richtet an Herrn Klein, Demokratie sei auch, dass es Fraktionen gebe, die zu einigen Themen anders argumentierten und andere Interessen hätten.

Beschluss:

Der Abwägungsvorschlag zu den eingegangenen Stellungnahmen sowie der vom Planungsbüro agstaUMWELT GmbH ausgearbeiteten Bebauungsplanentwurf, bestehend aus der Planzeichnung, dem Textteil und der Begründung, werden gebilligt und für das Verfahren freigegeben.

Die erneute Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden (§ 4a Abs. 3 BauGB) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
25	4	0

9 **1. Teiländerung des Bebauungsplans „Unten in Irzentälchen in Grewelt“ in der Kreisstadt Merzig, Stadtteil Brotdorf** **2022/1578**
ungeändert beschlossen

Ratsmitglied Temmes (Bündnis 90/Grüne) führt aus, analog des Waldkindergartens in Besseringen solle hier eine Kindertagespflege mit naturpädagogischem Hintergrund eingerichtet werden, in der Kinder zwischen anderthalb und drei Jahre täglich gepflegt würden. Er habe eine Stellungnahme des Gesundheitsamtes vorliegen, aus welcher er zitiert, der tägliche Wasserbedarf solle durch das Mitbringen eines gefüllten Trinkwasserkanisters gedeckt werden. Beim Händewaschen würden lediglich naturabbaubare Produkte, wie zum Beispiel Lavaerde, verwendet. Eine hierzu autarke Sanitäreinrichtung sei vorgesehen. Als Gründe seien die pädagogischen Beispiele von Waldkindergärten mit autarker Versorgung zu nennen. Dennoch werde die Anregung des Gesundheitsamtes zur Trinkwasserversorgung zu Kenntnis genommen und als Hinweis aufgenommen. Er bitte darum, in diesem Zusammenhang im Beschlussvorschlag das Wort „empfohlen“ durch „angeordnet“ zu ersetzen. Eine korrekte, mehrmals tägliche Reinigung des Kanisters könne nicht geprüft werden. Deshalb schlage er nochmals vor, wie schon im Bauausschuss, dass man das Gebäude an die Trinkwasserleitung anschließen solle. Ein Hantieren mit Kanistern bei der Versorgung von Kleinkindern sei kritisch.

Ressortleiter Bies stellt klar, Stellungnahmen von Dritten dürfe man nicht abändern. Die Abwägung sei wie vorgelesen erstellt worden, daran wolle er nichts ändern, es sei denn, der Stadtrat beschließe etwas Anderes. Grundsätzlich sei er der Meinung, dass es gerade in einer Zeit, in der mehr Sensibilität für Natur, für Klimaschutz und für den Umgang mit der Natur notwendig sei, solche Initiativen hoch einzuschätzen und zu unterstützen seien. Dass dies zur Zufriedenheit der Eltern und Kinder funktioniere, erlebe man in Besseringen. Die frühkindliche Erziehung und die Sensibilisierung für Natur seien so deutlich besser zu vollziehen als in einem klassischen Kindergarten.

Ratsmitglied Ripplinger (CDU) bestätigt, man habe in Besseringen seit 16 oder 17 Jahren einen Waldkindergarten. Er habe bei seinen Söhnen die gesamte Kindergartenzeit dort erlebt. Es sei ein sehr bedachter Umgang mit der Natur. Bei einer Veranstaltung habe man

neulich die Historie Revue passieren lassen und sich erinnert, dass es sehr schwierig gewesen sei, den Kindergarten in dieser Form überhaupt genehmigen zu lassen. Die Forderungen nach einem Wasseranschluss, nach einem Stromanschluss, nach einem Abwasseranschluss seien zur Seite gestellt worden, weil dies so nicht in das pädagogische Konzept passe. Die Kinder könnten sich an den Plätzen im Wald frei entwickeln ohne Spielzeug. Auch das Händewaschen funktioniere genauso wie beschrieben. Die Erzieher hätten Wasser, Schlauch und Seife dabei. Jedes Kind müsse einen eigenen Waschlappen mitbringen. Das gehöre zum Konzept und es sei ausdrücklich gewollt, dass das nicht mit fließendem Wasser, einem Wasserhahn, der beheizt werden müsse, im Winter mit Abwasser und so weiter umgesetzt werde. Jeder sei herzlich eingeladen, sich den Waldkindergarten vor Ort anzuschauen.

Der Vorsitzende bestätigt dies. Das Konzept sei sehr gut, was man auch an der Nachfrage feststellen könne. Er würde es befürworten, wenn solch eine Einrichtung hier an einem weiteren Standort entstehen könnte.

Stadtratsmitglied Weiten (Bündnis 90/Die Grünen) stimmt Herrn Ripplinger zu. Er sehe es auch pädagogisch als sehr wertvoll an. Wobei dies kein Waldkindergarten werde, sondern ein Feld- und Flurkindergarten. Man rede hier von einer Kinderpflegestätte, wo auch kleinere Kinder betreut würden. Was ihn störe, sei die Reaktion der Stadtverwaltung auf das, was das Gesundheitsamt sage. Die Stadtverwaltung äußert, man nehme es zur Kenntnis. Es sei technisch kein Problem. Aber er habe ein Problem damit, fließendes Wasser aus der öffentlichen Leitung der Stadtwerke als schlechter darzustellen als eine „Kanisterlösung“. Es werde keinen hygienischen Nachteil bringen, fließendes Wasser aus dem öffentlichen Netz zu nutzen. Ebenso sei es kein großer finanzieller Aufwand. Man rede nicht von einem Anschluss, mit 50, 80 oder 100 Metern, wofür Leitungen gelegt werden müssten. Hätte man nur den einen Satz genau 1:1 übernommen, hätte man weniger Probleme. Man werde auch nicht dagegen stimmen. Aber es zeige eine innere Haltung der Stadt, indem man nur sage, man nehme es zu Kenntnis.

Der Vorsitzende erwidert, es sei im Prinzip ähnlich wie in Besseringen, wo das Konzept auch sehr gut funktioniere. Er schlage vor, wie im Beschlussvorschlag formuliert, eine öffentliche Trinkwasserversorgung nur zu empfehlen. Aber man werde gleichzeitig mit dem zukünftigen Betreiber der Einrichtung reden, dass im Stadtrat Bedenken geäußert worden seien. Zudem bitte man darum, dass die Umsetzung entsprechend sein solle.

Stadtratsmitglied Temmes (Bündnis 90/Die Grünen) weist darauf hin, dass es heute nicht mehr ausreiche, einfach einen Schlauch zu verlegen. Es müsse ein separater Schlauch sein, der offiziell zugelassen sei. Dieser werde auch nicht einfach an den Wasserhahn angeschlossen. Es müsse alles desinfiziert sein.

Fraktionsvorsitzender Borger (Bündnis 90/Die Grünen) erklärt, dass er sich dem Vorschlag des Vorsitzenden annähern könne. Es scheine ja so zu sein, dass dort im Gegensatz zu Besseringen auch kleinere Kinder betreut würden, sodass möglicherweise ein anderes hygienisches Konzept verlangt würde. Er gebe Herrn Bies und den Vorrednern Recht, dass man die Kinder frühzeitig an die Natur heranführen solle. Aber man müsse die Themen Gesundheit und Sicherheit berücksichtigen. Wenn das Gesundheitsamt etwas empfehle, habe er ein Problem damit zu sagen, dass man das nur zur Kenntnis nehme. Er würde dafür plädieren, dass zumindest die Möglichkeit geschaffen werde, dass im Bedarfsfall die etwas bessere Versorgung gegeben wäre. Es gehe um die Gesundheit der Kinder.

Stadtratsmitglied Schuh (FWM/FDP) ergänzt, dass das Konzept in Besseringen hervorragend funktioniere. Zudem sei sicherlich bekannt, dass übertriebene Hygiene auch Nachteile haben

könne. Es sei jetzt öfter von mehrmaligem Desinfizieren gesprochen worden, was er zum Teil für übertrieben halte. Er schließe sich aber dem Vorschlag des Vorsitzenden an.

Fraktionsvorsitzender Hackenberger (DIE LINKE) hakt nach, was passiere, wenn man den Betreiber bitte dies zu tun, dieser der Bitte jedoch nicht nachkomme.

Der Vorsitzende antwortet, dass man dies dann akzeptieren müsse. Man nehme die Punkte auf, die jetzt von einigen Mitgliedern des Stadtrates aufgegriffen worden seien. Man nehme diese ernst, werde in einem Gespräch mit dem Betreiber darum bitten. Wenn er dies aber nicht mache, dann sei dies so hinzunehmen.

Beschluss:

Es wird beschlossen:

1. Die Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen sowie die Übernahme des Abwägungsergebnisses in die Planung entsprechend beigefügtem Abwägungsvorschlag. Mit Blick auf die vom Gesundheitsamt empfohlene Anbindung an das öffentliche Trinkwasserversorgungsnetz wird die Verwaltung Gespräche mit dem Betreiber führen und ihn bitten, diese Empfehlung umzusetzen.
2. Die 1. Teiländerung des Bebauungsplans „Unten in Irzentälchen in Grewelt“, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Textteil (Teil B) als Satzung gem. § 10 Abs. 1 BauGB.
3. Die Begründung wird gebilligt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
27	0	2

10 Verkehrssicherheit

10.1 Sichere Schulwege; Antrag SPD-Fraktion

2022/1628
verwiesen

Stadtratsmitglied Dyck (SPD) führt aus, erst seit 70 Jahren habe sich die Geschwindigkeit, mit der Menschen sich bewegten, enorm erhöht. Die Geschwindigkeit, mit der man Probleme wahrnehme, sei gleichgeblieben. Um dies auszugleichen, seien Regeln und ein Umfeld geschaffen worden, um Unfälle möglichst zu vermeiden. Politiker gestalteten diese Regeln und das Umfeld für den Verkehr. Damit trage man eine besondere Verantwortung. Insbesondere

für die, die man zur Mobilität verpflichte: die Schulkinder, die täglich zur Schule müssten. In den letzten Wochen hätten sich schwere Verkehrsunfälle ereignet. Opfer seien jedes Mal verletzliche Verkehrsteilnehmer gewesen. Verkehr sei ein hochkomplexes Thema. Er müsse so gestaltet sein, dass er den Menschen mit ihren Bedürfnissen, aber auch in ihren Möglichkeiten gerecht werde. Man beantrage deshalb, dass die Verwaltung aus eigener oder aus eingekaufter Expertise in Zusammenarbeit mit dem Stadtrat, mit Schulen und Bürgern Vorschläge vorlege, wie der Verkehr in Merzig menschengerecht zu gestalten sei. Wie also der Verkehr in Merzig so zu gestalten sei, dass Menschen Fehler machen könnten, ohne dass schwere Unfälle passierten.

Der Vorsitzende erinnert an den Vorschlag, den er im Ausschuss auf Basis des Antrags der SPD-Fraktion unterbreitet habe. Man könnte eine Arbeitsgruppe dazu bilden, die sich mit der Thematik auseinandersetze. Bei Antragstellung sei es konkret um eine Situation im Stadtgebiet gegangen, die man sich seitens der Verwaltung angeschaut habe. Da es eine Straße des Landkreises sei, habe man nach der Begehung Vorschläge an den Landkreis gemacht. Es hätten sich bereits viele mit der Situation auseinandergesetzt und viele Ideen entsprechend entwickelt. Ideen, die zum Teil umgesetzt werden konnten. Aber auch Ideen, die aufgrund der Situation, dass viele der Schulen mitten in Wohngebieten liegen, teilweise nicht umsetzbar gewesen seien. Aber in der Arbeitsgruppe sollte man darüber reden. Dort könne jeder seine Vorschläge einbringen. Dann könne man gemeinsam mit dem Rat diskutieren, was möglich sei.

Fraktionsvorsitzender Auweiler (CDU) betont, er habe im Ortsrat Besseringen bereits erlebt, wie schwierig es sei, einen Zebrastreifen bewilligt zu bekommen. Er wundere sich noch heute, dass dies nicht möglich sei. Genauso schüttele man auch den Kopf, wenn man durch Merzig fahre und von einem 30er-Schild anlacht würde, dann wieder von einem 50er-Schild und wieder von einem 30er-Schild. Aber es sei klar geregelt, dass bei Durchgangsstraßen diese Verkehrsreduzierung nicht statthaft wäre. Er würde sich ebenfalls wünschen, dass es gerade in den Wohngebieten einfachere Regelungen gäbe. Das dort die Ausführungs- und Verfassungsbestimmungen nicht so umfänglich seien, dass man einiges ändern könne. Es würde ihn auch freuen, wenn in den entsprechenden höheren Gremien Gesetze geändert würden und man gute Lösungen für alle Verkehrsbeteiligten fände. Gesetzesänderungen wären mit Sicherheit sinnvoll, könnten aber auf der Kommunalebene nicht geleistet werden. Der CDU-Fraktion gehe es besonders darum, dass man nicht nur die beiden aktuellen Unfälle im Fokus habe, sondern sich das mit Experten zusammen anschau. Das gelte für den jetzigen Tagesordnungspunkt, aber ebenso für den nächsten Tagesordnungspunkt. Er sei der gleichen Meinung wie Herr Dyck, dass man auch weitere Personenkreise einbinden solle. Nicht nur die Stadt und Ratsmitglieder, sondern natürlich auch die Ortspolizeibehörde, Polizisten, Schulleitungen, um zu vernünftigen Lösungen zu kommen. Es werde nicht alles umsetzbar sein. Die CDU-Fraktion werde durch Alexander Boos und Hans-Joachim Horf gerne in der neu zu gründenden AG mitarbeiten. Man würde dann auch befürworten, diese beide Punkte in die neue AG zu verweisen.

Der Vorsitzende spricht die Anmerkung Herrn Auweilers bezüglich der Wechsel von 30 auf 50 km/h an. Damit beziehe er sich sicherlich auf den Bereich in der Trierer Straße. Auch die Verwaltung sehe das nicht positiv und würde gerne andere Möglichkeiten umsetzen. Das sei aber nicht ohne Weiteres machbar. Unabhängig davon, welche Maßnahmen umgesetzt würden. Wenn es zu einem Unfall komme, sei am Ende immer derjenige verantwortlich, der diesen Unfall verursache. Man könne mit Sicherheit nicht in der gesamten Stadt Maßnahmen umsetzen.

Ressortleiter Jung erläutert, es gebe außerhalb von Tempo-30-Zonen immer das Erfordernis eines Sachgrundes. Sollte dort nicht eine über das normale Verkehrsrisiko hinausgehende besondere Unfall- oder Gefahrenstelle vorliegen, sei klar geregelt, wo man solche Dinge anordnen könne. Es gebe seit einigen Monaten eine Initiative des Deutschen Städtetages, angeführt von 8 großen Städten. Saarbrücken sei auch Modellstadt, wo man initiativ sei und von städtischer Seite in ökonomischer Sicht mehr Freiheiten haben möchte, um solche Geschwindigkeitsbeschränkungen zu realisieren. Bezüglich der Zonen in der Trierer Straße sei zu ergänzen, dass in 30er-Zonen immer zwingend rechts vor links vorgegeben sei. Dies sei in der Trierer Straße mit den vielen einmündenden Seitenstraßen nicht umsetzbar.

Stadtratsmitglied Weiten (Bündnis 90/ Die Grünen) bestätigt, die Grünen-Fraktion begrüße die Einsetzung einer AG. Man habe sich diesbezüglich bereits in vorherigen Legislaturperioden Gedanken gemacht, und die Verwaltung habe vieles in Bewegung gesetzt, was aber nicht so angenommen worden sei. Es sei auch ein gesellschaftliches Problem, ein Problem der Sensibilisierung derjenigen, die das forderten, zum Teil selbst jedoch nicht konform seien. Man müsse aber dennoch im Rahmen der Möglichkeiten alles versuchen, diese Wege sicherer zu machen. Auch, wenn man technische Maßnahmen ergreifen müsse. Aber trotz allem sei natürlich auch die Gesetzgebung gefragt. Er verstehe nicht, warum man nicht 30 km/h auf der Straße festlegen und trotzdem ein Vorfahrtstraßen-System haben könne. Für ihn stehe fest, dass jeder Wohnraum entschleunigt werden müsse. Denn selbst als ein erfahrener Fahrer, der Rücksicht nehme, könnte man in Gefahrensituationen geraten. Liefen Kinder auf die Straße, habe man ein Problem. Das sei ein gewaltiger Unterschied, ob man 30 km/h fahre oder 50 km/h. Insbesondere bezüglich der Schulen brauche es viel Öffentlichkeitsarbeit. Man müsse die Menschen immer wieder sensibilisieren.

Fraktionsvorsitzender Hackenberger (DIE LINKE) gibt eine Anregung an Herrn Jung weiter, da er täglich mehrmals auf der Trierer Straße an der Grundschule vorbeifahre. Dort sei die Bushaltestelle vor der Grundschule, wo viele Kinder stünden. Ein Stück weiter sei die grüne Wiese, wo die Kinder – unter 6 Jahre alt - beim Kindergarten spielten. Dann komme beim Aldi die 30er Zone. Es müsse doch eine ausreichende Begründung sein, dass dort Kinder unter 7 Jahren seien. Ob es Grundschule sei oder Kindergarten. Man verstehe nicht, dass dort, wo die Kinder sind, 50 km/h erlaubt seien. Dann kämen Aldi und Gesundheitscampus, dort seien dann 30 km/h erlaubt. Man könne es nicht verstehen. Er fragt daher, ob es nicht möglich sei, mit der Begründung, dass dort eine Schule und Kindergarten seien, einen Weg zu finden, um dort auch die dreißiger Zone zu integrieren.

Der Vorsitzende antwortet, man sei im permanenten Austausch auch mit der Polizei, um dies entsprechend zu regeln. Man versuche das umzusetzen, was rechtlich auch möglich sei. Der Vorsitzende schlägt vor, die Arbeitsgruppe entsprechend zu bilden mit einer anteiligen Besetzung wie bei den anderen Ausschüssen: 2 Mitglieder der CDU Fraktion, 2 der SPD Fraktion und jede andere Fraktion jeweils mit einem Vertreter. Für die CDU-Fraktion werden Herr Horf und Herr Boos benannt, für die SPD-Fraktion Herr Dyck und Herr Oehm, für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Weiten, für die Fraktion DIE LINKE Herr Hackenberger und Herr Schuh für die Fraktion Freie Wähler Merzig/FDP.

Beschluss:

Zur Erarbeitung von Vorschlägen, wie besonders Schulwege so gestaltet werden können, dass verletzte Verkehrsteilnehmer, insbesondere Kinder, zu Fuß und mit dem Fahrrad sicher zur Schule und zurückkommen, wird eine Arbeitsgruppe gebildet. Es werden folgende

Fraktionsmitglieder in die AG entsandt: Alexander Boos und Hans-Joachim Horf (beide CDU), Arndt Oehm und Martin Dyck (beide SPD), Johannes Weiten (Bündnis 90/ Die Grünen), Frank Hackenberger (DIE LINKE) und Hermann Schuh (FWM/FDP).

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
29	0	0

10.2 Verkehrsberuhigende Maßnahmen auf dem Gipsberg; Antrag B90/Die Grünen

2022/1629
verwiesen

Fraktionsvorsitzender Borger (Bündnis 90/Die Grünen) betont, dies sei natürlich auch ein Thema für die Arbeitsgruppe. Trotzdem wolle er gerne noch einmal ein paar Punkte aufgreifen. Es gehe beim Grünen-Antrag insbesondere um das Thema Gipsberg, das größte Wohngebiet in Merzig. Dort gebe es Bereiche, die sehr gut sichtbar seien, wo man möglicherweise schnell fahren könne. Es gebe aber auch Bereiche, die sehr unübersichtlich seien, was im Vorfeld bereits diskutiert worden sei. Der Gipsberg würde auch als Abkürzungsstrecke zwischen Merchinger Straße und Losheimer Straße genutzt werden. Dort hätten die Verkehrszählungen gezeigt, dass eine Automasse unterwegs sei, die nie Anwohner sein könnten. Es gebe auch Straßen, die so breit ausgebaut seien, dass man sie mit Landstraßen vergleichen könne. Als Beispiel führt er die Ketteler Straße an, die er bei einem Ortstermin mit Bürgern in Augenschein genommen habe. Diese sei so extrem breit, dass dort auch schneller gefahren werde. Es seien wie in den Anträgen von CDU und SPD immer wieder Unfälle, die sehr bedauerlich seien, die das Thema wieder aufs Tapet brächten. Bei der angesprochenen Begehung vor Ort, seien rund 30 Personen anwesend gewesen, die eine andere Wahrnehmung gehabt hätten als es die Verkehrsprognosen oder die Blitzer gezeigt hätten. Es sei immer wieder aufgeführt worden, es seien zu viele Autos, es werde zu schnell gefahren. Ebenfalls sei geäußert worden, die Blitzer der Stadt seien an falschen Stellen und zur falschen Uhrzeit aufgestellt worden. Das Saarland sei leider Spitzenreiter, was die Zunahme der PKW-Dichte betreffe. Man habe immer mehr Autos und Verkehr, wobei der Straßenraum nicht größer werde. Man habe eine Verbesserung schon erreicht, indem man Straßenraum unattraktiver mache. Dazu nennt Herr Borger die Mecherner Straße. Für ihn sei das ein Paradebeispiel, wie man durch geschicktes Parkraum-Management den Verkehr einbremsen könne. Man habe dort keine Raserei mehr. Weil dort ein geschicktes Parkraum-Konzept umgesetzt und Striche auf die Straße gemacht worden seien, wo jetzt Autos auf der Straße stünden und nicht mehr auf dem Bürgersteig. Mit der Folge, dass die Autofahrer deutlich langsamer fahren würden. Der Gipsberg liege sehr exponiert, mit den entsprechenden Auswirkungen auf die Wohnqualität. Es sei das Ansinnen der Grünen-Fraktion, für Verkehrssicherheit die Straßen weniger oder unattraktiver zu machen für das schnelle Fahren - über eine Bepflanzung. In Zukunft müsse man den Gipsberg als Wohngebiet auch runterkühlen. Das gehe mit Bäumen und mit Hochgrün. Wenn man über diese Maßnahmen eine Geschwindigkeitsreduzierung erreichen könne, indem man die Straße oder den Straßenraum verschmälerte, so-

dass die Leute wüssten, sie sind nicht auf einer Landstraße, sondern auf einer Wohngebietsstraße, dann wäre das eine gute Sache. Auch, wenn man das in der Arbeitsgruppe angehe. Es gebe ja das 300-Bäumeprogramm. Würde man ein paar Bäume in Zukunft an die neuralgischen Punkte setzen, hätte man viel erreicht. Schilder allein reichten nicht aus.

Der Vorsitzende bestätigt die Aussagen des Vorredners. Was die Geschwindigkeit angehe, sei die Wahrnehmung anders als die tatsächlichen Zahlen. Das sei auch in dem betreffenden Bereich der Fall gewesen. Da habe es schon vor dem Unfall eine Messung gegeben, zu der Herr Jung die Zahlen bereits präsentiert habe. Man könne festhalten, dass die Durchschnittsgeschwindigkeit verhältnismäßig in Ordnung gewesen sei. Auch der statistische Wert sei nicht so hoch. Man habe sich in einem Ortstermin die Situation angeschaut und mit den Anwohnern gesprochen. Das habe man intern bewertet und im Hauptausschuss mitgeteilt. Man habe auch über die Situation mit dem Blitzer gesprochen. Die Anwohner hätten nichts bemängelt, aber zusätzlich noch einen anderen Vorschlag gemacht, wo die Stadt den Blitzer aufstellen könnte. Es habe jemand aktiv seine Hauseinfahrt angeboten, und das werde man entsprechend auch nutzen, um dort Blitzer anzubringen. Dort hätte man vorher keinen Blitzer aufstellen dürfen. Das andere angesprochene Gerät sei kein Blitzer gewesen, sondern ein Messgerät. Das habe man vor Ort klären können.

Stadtratsmitglied Lorenz (SPD) erinnert daran, dass es eine Zeit gegeben habe, in der viele verkehrsberuhigende Maßnahmen eingebaut und später auch wieder abgebaut worden seien. Im Hinblick auf den Tagesordnungspunkt vorher und den Punkt hier könne er sagen, dies seien Vorschriften, die StVO, Richtlinien über Markierungen, Richtlinien über die Nachtabsenkung von Signalanlagen, die auf einer Grundlage von Verkehrsexperten basierten. Er bitte darum, wenn man diese verkehrsberuhigten Maßnahmen noch einmal aufgreife, was er durchaus befürworte, dass man unter Einbeziehung der Anwohner diesen auch mitteile, was das vielleicht für negative Folgen für sie habe. Man solle sich an die Richtlinien halten. In der Politik sei es leider so, dass man sich frage, warum man dort nicht einfach ein Schild aufstellen könne? Experten hätten das ausprobiert und wüssten, wie es sich auswirke, wenn man sich nicht daran halte. Er warne davor, einen Schnellschuss zu machen, sondern man solle sich bei diesen Dingen unbedingt an die Richtlinien und Gesetze halten. Ebenso solle man vielleicht auch Bürgerinnen und Bürger informieren. Sonst würde in einer Maßnahme für viel Geld etwas gebaut und man müsse es für sehr viel Geld wieder abbauen.

Der Vorsitzende sagt zu, dass man das in der Arbeitsgruppe ebenfalls bespreche.

Stadtratsmitglied Schuh (FWM/FDP) erklärt, er könne dem Antrag der Grünen-Fraktion soweit folgen. Er habe jedoch ein Problem mit der Formulierung, dass hier von der Schaffung von grünen Inseln die Rede sei. Es sei grundsätzlich nichts dagegen zu sagen, es sei denn, diese grünen Inseln stünden in der Fahrbahn und würden den Verkehr auf die Gegenfahrbahn zwingen. Es seien nicht nur Autofahrer mit mehreren Airbags unterwegs, sondern auch sehr viele Fahrradfahrer. So zum Beispiel Kinder, die mit dem Fahrrad auf die Insel zufahren und nach links ausweichen müssten auf die Gegenfahrbahn. Das halte er schlichtweg für eine Katastrophe. Solche Inseln seien in Besseringen auch schon demontiert worden. Das sei eine ganz schlechte Sache. Das sei Verkehrsberuhigung von vorgestern.

Stadtratsmitglied Temmes (Bündnis 90/Die Grünen) zeigt auf, dass man in Rheinland-Pfalz gut mit Verkehrsinseln leben könne. Dort seien in vielen Ortschaften die grünen Inseln exakt in die Fahrbahn eingebaut. Man müsse dort links oder rechts vorbeifahren. Man könne nicht schnell fahren. Fahre man durch Besseringen, könne man dies nur mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 10 bis 15 km/ machen, weil links und rechts parkende Autos stünden.

Obwohl die Bezirksstraße schnurgerade sei, sei sie aktuell sehr verkehrsberuhigt.

Fraktionsvorsitzender Borger (Bündnis 90/Die Grünen) erwidert, in Besseringen sei nicht die Verkehrsberuhigung das Problem. Das Problem scheine zu sein, dass die Fahrradfahrer gezwungen seien, auf der Straße zu fahren.

Fraktionsvorsitzender Hackenberger (DIE LINKE) schlägt vor, zur AG – nicht direkt zur 1. Sitzung, aber zur 2. oder zur 3. - Experten in die AG zu holen, denen die ganzen Dinge bekannt seien, die dort besprochen würden. Nicht, dass man etwas beschließe und dies nicht umgesetzt werden könne.

Der Vorsitzende sagt zu, dies in der AG zu bearbeiten.

Beschluss:

Die Erarbeitung von Vorschlägen bezüglich verkehrsberuhigender Maßnahmen auf dem Gipsberg wird in die AG „Verkehrssicherheit“ verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
27	0	0

-
- 11 **"Unsere Streuobstwiesen - eine ganz besondere Kulturlandschaft";** **2021/905-001**
Schreiben der Fraktion "B'90/Die Grünen ungeändert beschlossen

Stadtratsmitglied Weiten (Bündnis 90/Die Grünen) erklärt, in der AG habe man jetzt einen guten Kompromiss für den Anfang gefunden. Die Entwicklung müsse aber weitergehen. Es habe ja auch die Vorschläge gegeben. Diese seien von der Verwaltung gut ausgearbeitet worden. Dies seien zum Beispiel Fragen wie „Welche Flächen sind jetzt von der Verwaltung noch einzubringen?“ und „Welche Möglichkeiten der Verpachtung mit bestimmten Wirtschaftsplänen beziehungsweise Auflagen gibt es?“ Es gebe noch weitere gute Ansätze, wie zum Beispiel einen Geburtsbaum zu pflanzen. Er würde hoffen, dass man wieder eine AG-Sitzung haben werde. Grundsätzlich würde man der Vorlage zustimmen. Es sei ein Teil von dem, was man sich als Grünen-Fraktion wünsche bzw. fordere. Aber es gebe noch viele Ideen und Möglichkeiten. Deshalb solle es weitergehen.

Fraktionsvorsitzender Auweiler (CDU) bekräftigt das Gesagte. Streuobstwiesen seien natürlich erhaltenswert, wenn sie auch langfristig gepflegt würden. In einigen anderen Bundesländern, wie beispielsweise Bayern investiere man viel Geld. Dort stünden auch mehr finanzielle Mittel zur Verfügung, um die Streuobstwiesen wieder ins Leben zu rufen. Man sei sich darüber einig, dass der Staat oder die Stadt nicht alles leisten könne, nur diese unterstützenden Maßnahmen, wie sie im Katalog enthalten seien. Man müsse dafür sorgen, dass dieses Thema präsent sei in den Medien, aber auch in den Köpfen. Eine Streuobstwiese, die nicht gepflegt sei, brauche ein paar Jahre, um sich wieder zu entwickeln. Deshalb sei eine langfris-

tige Sicherung gut und sinnvoll. Seit Jahrzehnten gebe es Tauschbörsen und Patenschaften. Das könne wieder in Erinnerung gerufen werden. Die Experten wüssten, dass es da auch keine neuen Erfindungen gibt. Schauen man in Merzig in die Hänge, müsse man natürlich feststellen, dass das Interesse, die eigenen Flächen zu bewirtschaften, leider bei vielen fehle. Aber man sollte sich regional ernähren. Vielleicht komme man wieder mehr dahin zurück, dass der Wert der Streuobstwiesen nicht nur für die Artenvielfalt, das heiße für die Flora und Fauna oder für Insekten und Kleinstlebewesen, aktiviert werde, sondern auch für die Menschen. Man sollte nicht vergessen, dass es bereits viele Personen und Vereine gebe, die sich intensiv um Streuobstwiesen kümmerten. Die CDU-Fraktion werde dem Verwaltungsvorschlag zustimmen.

Fraktionsvorsitzender Borger (Bündnis 90/Die Grünen) betont, die Grünen-Fraktion unterstütze ausdrücklich die jetzige Vorlage der Verwaltung, habe aber ein paar Punkte genannt, die vielleicht noch eingearbeitet werden könnten im weiteren Verfahren. Was im Moment in der Verwaltungsvorlage fehle, sei die Möglichkeit einer Baum-Patenschaft. Viele Familien, junge Familien, hätten kleine Grundstücke, auf denen kein Obstbaum stehe. Diesen sei es möglicherweise auch zu viel, eine ganze Obstwiese mit 10 oder 15 Bäumen zu pachten. Daher habe man gesagt, man könne in Stadtnähe oder Ortsteil-Nähe ermitteln, wo Bäume stünden, für die man eine Baum-Patenschaft anbieten könne. Verwaltungsintern gäbe es kompetente Leute, die sich schon im Bereich Obstwiesenpflege engagieren wollten, zum Beispiel am Wolferskopf. Früher habe es beim Landkreis und hier bei der Stadt die BIM gegeben, die solche Pflegekonzepte vor Ort gemacht habe - auch im Herbst, wenn es ums Pressen gegangen sei. Er frage, ob vielleicht dort auch verwaltungsinterner Sachverstand eingebunden werden könne. Der dritte Punkt, der noch fehle, sei, dass das Thema Streuobst auch in das Durchgrünungs-Konzept eingebunden werde. Weiterhin bitte er darum, dass man zukünftig eher mit oder öfter in bestimmten Bereichen mit Wildobst arbeite. Das brauche eben nicht diese Pflege wie Kulturobst. Es erfülle aber auch einen hohen ökologischen Wert, gerade in Bereichen, wo man nicht so oft hinkomme. Es gebe hochinteressante Wildobstsorten, die für die Biodiversität und für das Wild und vieles mehr wichtig seien.

Der Vorsitzende bestätigt, er habe im Ausschuss schon zugesagt, dass man heute über die Vorlage diskutiere und die Punkte, die Herr Borger eben angesprochen habe, intern, insbesondere durch Herrn Neugebauer, prüfen lasse und man anschließend im Ausschuss darüber diskutieren wolle.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt:

1. Das in der Sitzungsvorlage geschilderte Modell wird durch die Verwaltung vorangetrieben und weiterentwickelt.
2. Förderbedingungen und fachliche Entwicklungen zum Themenbereich Streuobstwiese regelmäßig zu evaluieren und im Pflege- und Erhaltungsmodell der Stadt Merzig zu integrieren.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
25	0	0

Stadtratsmitglied Giuseppe D'Auria (SPD) hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

-
- 11.1 **"Unsere Streuobstwiesen - eine ganz besondere Kulturlandschaft";** 2021/905
Schreiben der Fraktion "Bündnis 90/Die Grünen"

-
- 12 **Antrag Bündnis 90/Die Grünen vom 05.07.2022 „Hausbäume für** 2022/1572
Merzig“ ungeändert beschlossen

Fraktionsvorsitzender Borger (Bündnis 90/Die Grünen) erklärt, es habe parteiübergreifend einen Konsens gegeben, dass man dem Vorbild der Stadt Saarlouis folgen wolle, wo dies bereits mit Erfolg gemacht werde. Da gebe es eine Blaupause mit allen Inhalten, z.B. das Vertragsverhältnis mit den Eigentümern etc. Man könne so dieses Programm auch auf Merzig übertragen, da es idealerweise auch das Ansinnen der Verwaltung unterstütze, mehr Bäume in die Stadt zu bekommen. Das Vorhaben werde zu 90 % bezuschusst. Im Fachausschuss sei signalisiert worden, dass man so was angehe. Daher werbe er dafür, dass dies hier, wie im Ausschuss, beschlossen werde.

Der Vorsitzende bestätigt, die Verwaltung wolle dies entsprechend umsetzen. Man prüfe dies. Man werde aber gleichzeitig auch mit dem 300-Bäume-Projekt auf Wünsche von einzelnen Ortsvorsteher eingehen. Damit nicht nur auf noch versiegelten Flächen Bäume gepflanzt werden könnten, sondern teilweise auch in grünen Bereichen.

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird damit beauftragt, die Einführung des Projektes „Hausbäume für Merzig“ zu prüfen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
25	0	0

Stadtratsmitglied Giuseppe D'Auria (SPD) hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

-
- 13 **Einschlagstopp in älteren Buchenmischwäldern in Beständen mit** 2022/1593
einem mittleren Bestandsalter von 90 Jahren; Antrag B90/Die geändert beschlossen
Grünen

Fraktionsvorsitzender Borger (Bündnis 90/Die Grünen) führt aus, seit Jahren befasse man immer wieder den Stadtrat mit dem Ziel, einen schonenden Umgang mit dem Stadtwald zu erreichen. Als Begründung für die Ablehnung vieler Anträge werde oft das Forstgutachten von 2017 bemüht - Was Forste wolle und Gewinnmaximierung verspreche. Herr Borger führt einige Punkte der neuen Strategie auf: Aufgabe der Zertifizierung nach Naturland, um freier zu wirtschaften - das Ergebnis sehe man oft; Einbringen nicht-heimischer Nadelholzarten durch Pflanzung - diese würden deutschlandweit gerade absterben - Laubholzeinschlag auch im Sommer, er sage nur Naturschutz und Holzverwendung; Herausnahme sehr guter Laubholzbestände aus Naturentwicklungsflächen; schwerste Großmaschinen für den Wald, um noch rationeller zu wirtschaften. Dieser Vorschlag sei glücklicherweise nicht umgesetzt worden. Bürgerproteste aussitzen sei ein ausdrücklicher Vorschlag gewesen. Der Großwald bei Merchingen oder andere klassisch bewirtschaftete Forstbetriebe zeigten, wohin es führe, wenn man weiter vorrangig Erträge erwirtschaften wolle. Herr Borger erinnert daran, dass er im Jahr 2017 vergeblich vor dem großflächigen Heißschlagen des Waldes gewarnt habe. 2020 seien die erstem großflächigen Absterbeprozesse beobachtet und im Reflex sei erneut das Kronendach weiter geöffnet und einer Verkehrssicherungspflicht nachgekommen worden. Der Bürgermeister habe nun reagiert und ein Betretungsverbot für einzelne Waldbereiche ausgesprochen. Verkehrssicherheit gehe also auch ohne den Einsatz von schweren Maschinen und der Motorsäge. Die einzige Konsequenz aus den dramatischen Entwicklungen im Stadtwald könne nur sein, das Mikroklima gerade in den älteren Buchenmischwäldern zu schützen und die ökologischen Ansprüche der Baumarten zu berücksichtigen, anstatt diese weiter forstlich zu nutzen. Im Koalitionsvertrag der Ampelregierung stehe auf Seite 39 folgendes: „Wir stoppen den Einschlag in alten, naturnahen Buchenwäldern im öffentlichen Waldbesitz“. Nachdem in den letzten Jahren intensiv alte Buchen aus dem Stadtwald herausgeschlagen worden seien, sei heute ein Buchenmischwald in Merzig mit einem durchschnittlichen Alter von 90 Jahren bereits alt. Dann beginne die sogenannte Reifephase eines Waldes. Man hoffe, dass die überall sichtbaren Schäden im Stadtwald nun zu einem Umdenken führen würden. Dass ein Umdenken wirke, zeigten die Waldbetriebe, die anders wirtschafteten, teilweise auf Böden, die noch anfälliger für Dürre sind, als die in Merzig. Die Schäden, die damals in den Wäldern beklagt wurden, kenne man dort nicht. Seit Anfang 2000 setze man konsequent das Klimawaldprogramm um, wie sanfte Waldarbeiten, Reduzierung der Einschlagszahl, ältere Laubwälder geschlossen halten etc. Der kranke Stadtwald brauche zunächst Ruhe und eine besonders fürsorgliche Hand, eine deutliche Reduzierung der Einschlagszahl - Herr Borger nennt ein Ziel von 50 % der bisherigen Menge - und die Konzentration auf die ohnehin sterbenden Nadelbaumforste; den Waldwandel in den Wäldern behutsam unterstützen; ältere Wälder schonen; größere Waldschutzflächen ausweisen; waldboden- und waldschonende Arbeitsverfahren; Verbesserung des Waldklimas und des Landschaftswasserhaushalts. Der zentrale Punkt sei ein an die Klimakrise angepasster Waldschutzplan als Ersatz für den existierenden Forstnutzplan, der weitere Ziele verfolge, als gäbe es keine Klima- und keine Waldkrise. Schließen wolle Herr Borger mit einem Satz aus der Grundsatzanweisung der Rheinland-Pfälzischen Landes-Forstverwaltung, die vor wenigen Wochen eine radikale Kehrtwende in der bisherigen Praxis hingelegt habe: „Aufgaben können regelmäßig nicht mit den Mitteln gelöst werden, die mit der Entstehung der zu lösenden Probleme in engem Zusammenhang stehen.“ Wenn man in Merzig dem Wald in dieser schwierigen Krise helfen wolle, bedürfe es jetzt verantwortlicher Entscheidungen.

Der Vorsitzende betont, unabhängig von der Art und Weise, wie im Wald gearbeitet wurde oder werde, gebe es leider überall Waldschäden. Er wolle einen Vorschlag zum vorliegenden Antrag machen. Man habe eine Waldbegehung terminiert, die bald stattfinde. Man wolle

den Mitgliedern des Stadtrates zeigen, wie sich die Situation im Merziger Wald darstelle, wolle diskutieren, welche Konsequenzen diese Situation habe, auf der Basis des Waldbegangs. Dies gelte nicht nur für die Buchen, wie es im Antrag der Grünen-Fraktion stehe, sondern man wolle das für alle Bäume des Waldes. Es seien alle Bäume betroffen. Daher schlage der Vorsitzende vor, dass man bis zur Waldbegehung nur im Rahmen von Durchforstungsmaßnahmen im Laubwald einschlage, und zwar so, dass man die heimische Wirtschaft weiter bedienen und die vertraglichen Vereinbarungen auch einhalten könne. Weitere Einschläge solle es bis dahin nicht geben und alles Weitere wolle man auf Basis der Ortsbegehung besprechen.

Fraktionsvorsitzender Auweiler bekräftigt, die CDU-Stadtratsfraktion werde dem Vorschlag der Verwaltung zustimmen. Dass die Stadtverwaltung bzw. der Stadtrat hier in den letzten Jahrzehnten auf Gewinnmaximierung ausgewesen seien, wolle er nicht so stehen lassen. Man habe immer eine nachhaltige Bewirtschaftung gemacht mit mehr Zuwachs. Er glaube, die Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher wüssten auch, dass man wohnortnahe Erholungsgebiete brauche. Der Bürgermeister habe sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, dass man hier dramatische Veränderungen habe, nicht nur im Stadtwald, sondern überall. Er sei dafür, dass man das Besprochene auf andere Baumarten ausweiten solle. Bezüglich des Baumalters und wie man zukünftig mit notwendigen Verkehrssicherungsmaßnahmen umgehen müsse, würde sich nach dem Waldbegang sicher noch klären. Die CDU-Fraktion wolle nach wie vor, dass die Bürgerinnen und Bürger in den Wald gehen könnten. Der Wald müsse erlebbar und begehbar sein. Man wolle hier zu einem Ergebnis kommen. Die beiden Förster, aber auch die Personen, die in der Verwaltung arbeiteten, liebten den Wald, und hätten sicher nicht den Klimaschutz und den Klimawandel ignoriert. Für den Termin des Waldbegangs fragt Herr Auweiler nach einem Ersatztermin.

Der Vorsitzende sagt zu, dass man einen entsprechenden Termin kommunizieren werde.

Fraktionsvorsitzender Borger (Bündnis 90/Die Grünen) erwidert, es gehe im Antrag nicht um den Buchenwald, sondern einen Buchenmischwald. Zu einem guten Mischwald gehörten alle Laub- und Nadelbaumarten. Er betont, es gebe einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen der Art der Bewirtschaftung und den Schäden. Der Wald stehe insgesamt unter Stress. Buchen bräuchten es schattig und dunkel. Stelle man diese plötzlich frei, brauche man sich nicht zu wundern, wenn es bei extremen Witterungsverhältnissen Schäden gebe. Er spreche erneut eine Einladung auch an den Stadtrat aus, sich in den anderen Wäldern die Bewirtschaftung anzuschauen. Dort würden diese Konzepte schon länger umgesetzt. Das sei keine Kritik an den Merziger Förstern. Diese arbeiteten die bisherigen Forstwirtschaftspläne ab. Diese und die Forsteinrichtung lägen Jahre zurück.

Der Vorsitzende fragt, ob die Grünen-Fraktion bereit wäre, dem Kompromissvorschlag zuzustimmen.

Fraktionsvorsitzender Hackenberger (DIE LINKE) unterstützt den Kompromissvorschlag des Vorsitzenden. Er rege zudem an, aufgrund der Jahreszeit einen gemeinschaftlichen Termin samstags oder sonntags zu machen. Dann könne man sich zuerst den anderen Wald mit dem Fraktionsvorsitzenden Borger (Bündnis 90/Grüne) ansehen, im Anschluss dann den Stadtwald. Somit habe man alles an einem Tag erledigt. Es gehe nicht darum, wer Recht habe und wer nicht. Man wolle den Wald retten.

Ratsmitglied Manfred Klein (CDU) sieht keine rationalen Gründe, den Antrag abzulehnen. Auf der anderen Seite sei keine Eile geboten. Er frage den Antragsteller daher, ob es möglich sei, die Reihenfolge Besichtigung, Faktenlage und dann Beschluss einzuhalten. So komme

keiner in die Verlegenheit, an der falschen Stelle die Hand zu heben.

Der Vorsitzende bestärkt, alle seien sich einig, darum wäre es gut, einen einheitlichen Termin zu erreichen, sodass alle mit gleichem Wissensstand abstimmen könnten.

Fraktionsvorsitzender Borger (Bündnis 90/Grüne) betont, es sei Eile geboten. Im Oktober beginne die Erntezeit, sie ende im März. Der Antrag seiner Fraktion sei nicht mehr als ein Moratorium. Man fordere, die Finger von den alten Wäldern zu lassen, um zu verhindern, was im Großwald passiert sei.

Beschluss 1:

Der Stadtrat Merzig beschließt vor dem Hintergrund der dramatischen Schäden gerade in älteren Buchenmischwäldern einen Einschlagsstopp in Beständen mit einem mittleren Bestandsalter von 90 Jahren, um ein weiteres Heißschlagen mit den bereits erkennbaren dramatischen Auswirkungen auf die Vitalität des Waldes zu verhindern. Entsprechende Infos (Hauptbaumarten und Bestandsalter) ergeben sich aus dem aktuell gültigen Forsteinrichtungswerk.)

Beschluss 2:

Bis zur noch mit allen Fraktionen terminlich zu vereinbarenden Waldbegehung wird nur im Rahmen von Durchforstungsmaßnahmen im Laubwald eingeschlagen, um die heimische Wirtschaft weiter bedienen und vertragliche Vereinbarungen einhalten zu können. Sonst soll es keine weiteren Einschläge geben.

Abstimmungsergebnis zu Beschluss 1:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
4	5	17

Abstimmungsergebnis zu Beschluss 2:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
25	0	1

14 Mitteilungen, Anfragen und Anregungen

Der Vorsitzende stellt die Fortführung der Sitzung mit Verweis auf die Uhrzeit zur Abstimmung. Der Stadtrat stimmt mit 26 Ja-Stimmen einstimmig für die Fortsetzung der Beratungen.

Der Vorsitzende informiert über den 2019 ins Leben gerufenen Digitalpakt der Landesregierung, der möglicherweise Auswirkungen auf den städtischen Haushalt habe. In TOP 3 sei er bereits kurz darauf eingegangen. Zugesagt worden für das gesamte Projekt sei eine einhundertprozentige Bezuschussung. Das Ministerium habe später mitgeteilt, dass die Stadt einen Eigenanteil von 51.000 € erbringen müsse, die Einstellung der Mittel in den Haushalt habe der Rat bereits beschlossen. Nun sei die Verwaltung informiert worden, dass der Eigenanteil wohl größer werde, über die genaue Höhe habe das Ministerium aber noch keine Aussage treffen können. Man wolle das Projekt trotzdem in Gang setzen und müsse dieses im Haushalt ggfs. nachfinanzieren.

Weiterhin informiert der Vorsitzende über laufende Gespräche bezüglich V&B Fliesen. Die Verwaltung versuche, nicht nur im Rahmen eines Bebauungsplanes, an einer Lösung mitzuwirken. Man werde den Rat über Konkretes informieren. Außerdem habe man bezüglich einer Übernahme von V&B-Personal Unternehmen angeschrieben und die Stellensituation abgefragt. Es seien mehr Stellenangebote eingegangen, als es betroffene Mitarbeiter gebe. Dies sei in der prekären Situation zumindest eine kleine Unterstützung für die Betroffenen.

Ebenfalls teile er dem Rat mit, dass der Bauantrag für das Clubhaus Blättelbornstadion genehmigt sei, sodass das Projekt vorangetrieben werden könne. Ressortleiter Bies ergänzt hierzu, dass die Bewilligung des Zuschussgebers allerdings noch ausstehe. Erst nach einer Zusage könne man mit dem Bau beginnen. Bei der Grundschule Bietzerberg habe man den Bauantrag eingereicht. Es gebe allerdings noch keine Förderrichtlinie für die Maßnahme, diese solle erst im Oktober oder November veröffentlicht werden. Erst nach Veröffentlichung der Richtlinie könne ein Förderantrag gestellt werden. Nach dessen Genehmigung könne man das Projekt beginnen.

Fraktionsvorsitzender Borger (Bündnis 90/Grüne) bittet darum, in einer der nächsten Ausschusssitzungen die Fraktionen über den Sachstand Haus Sonnenwald zu informieren. Darüber hinaus sei er erschüttert darüber, was im Zusammenhang mit dem Glasfaserausbau geschehe. Bürgersteige und Straßen seien in Mitleidenschaft gezogen. Er erkundigt sich, ob geplant sei, nach Fertigstellung der Maßnahmen alles zu erneuern und dazu ggfs. auch Anwohnerbeiträge zu erheben.

Ressortleiter Jung erklärt, zur Qualität der Bauleistung könne er keine Aussage treffen. Er teile jedoch die Ansicht, dass man mit den Subunternehmern mehr Ärger habe, als allen lieb sei. Es gehe dabei auch um die Sicherheit an den Baustellen.

Ressortleiter Bies ergänzt, man habe seit einigen Wochen einen Mitarbeiter des Baubetriebshofes dafür freigestellt, die Arbeiten zu kontrollieren. Teilweise gebe es aber Firmen, die wirklich gute Arbeit leisteten. Bei Firmen, die die Arbeiten nicht zufriedenstellend ausführten, habe man beim Auftraggeber eine Einstellung der Bauarbeiten durchgesetzt und angeordnet, dass erst neue Baustellen durch den Subunternehmer eröffnet werden dürfen, wenn der Rest abgeschlossen sei. Der Vorsitzende wirft ein, es gebe keine Stadt im Saarland, die zufrieden sei. Auf das Haus Sonnenwald werde er im nichtöffentlichen Teil kurz zu sprechen kommen.

Ratsmitglied Manfred Klein (CDU) erkundigt sich zum Stand des Sanierungsgebietes Bietzerberg, auf das er in der letzten Ortsratssitzung wieder angesprochen worden sei. Er fragt nach, ob es bereits einen Vergabevorschlag gebe. Ressortleiter Bies antwortet, dass es diesen eigentlich bereits geben sollte, sich jedoch kein Unternehmen auf die Ausschreibung beworben habe. In Abstimmung mit dem Rechnungsprüfungsamt habe man gezielt ein Büro angesprochen, mit dem man nun frei verhandeln könne. Es werde in den nächsten Tagen ein

Angebot geben, welches man beauftragen werde.

Ratsmitglied Schuh (FWM/FDP-Fraktion) regt an, die Erfahrungen mit schlecht arbeitenden Firmen zum Anlass zu nehmen, den anderen Anbieter, der unter anderem in Besseringen und Schwemlingen ausbaue, auf die Sachlage hinzuweisen, sodass es dort nicht zu ähnlichen Klagen kommen müsse. Der Vorsitzende betont, man sei in Gesprächen mit den Unternehmen.

Ratsmitglied Weiten (Bündnis 90/Grüne) bittet die Verwaltung um Informationen zu der in der gestrigen Hilbringer Ortsratssitzung angesprochenen Verkehrsproblematik am Ortseingang Hilbringen aus Fitten kommend und damit einhergehend zu möglichen Verkehrsberuhigungsmaßnahmen. Er könne sich eine ähnliche Gestaltung wie in Fitten vorstellen. Außerdem bitte er um Erfahrungsberichte mit den Verschwenkungen in der Schulstraße, da die Straße immer noch als Abkürzung genutzt werde. Sofern man dieses Provisorium positiv betrachte, solle man es baulich fest einrichten.

Ratsmitglied Temmes (Bündnis 90/Grüne) informiert darüber, dass ein Teil der L 170 in Schwemlingen fertiggestellt sei. Er habe jedoch feststellen müssen, dass die Schachtdeckel schon jetzt zu tief lägen. Man solle das Unternehmen darauf hinweisen, zumal gerade der letzte Bauabschnitt im Gange sei.

Fraktionsvorsitzender Hackenberger (DIE LINKE) fragt nach, welchen Grund es gebe, einem Milliardenkonzern Gebühren zu erlassen, wenn jeder kleine Bauherr sich teilweise über Jahre verschulden müsse, um Anschlussgebühren zu zahlen. Der Vorsitzende erklärt, man habe den Punkt schon mehrfach erläutert, hierüber sei ausreichend informiert werden. Die Informationen der letzten Sitzungen seien dem Ratsinformationssystem zu entnehmen.